

W o r t p r o t o k o l l *)

48. Sitzung

der Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder

Mittwoch, 5. November 2008, 12.30 Uhr
Berlin, PLH (Paul-Löbe-Haus), Raum 2.200

Vorsitz: Diana Golze (DIE LINKE.)

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“

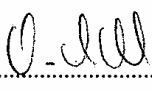
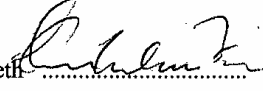
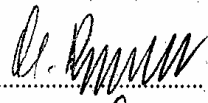
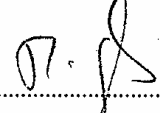
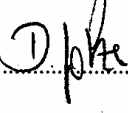

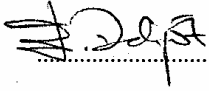
*) redaktionell überarbeitete Tonaufzeichnung

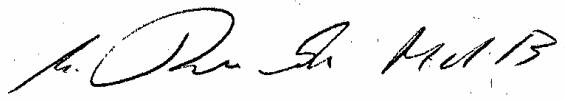
Inhalt	Seite
Anwesenheitslisten	3
Liste der Sachverständigen	7
Fragenkatalog	8
Sprechregister	10
Wortprotokoll	11

Mittwoch, 05. November 2008, 12:30 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (Kinderkommission)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Noll, Michaela		<u>CDU/CSU</u> Winkelmeier-Becker, Elisabeth	
<u>SPD</u> Rupprecht (Tuchenbach), Marlene		<u>SPD</u> Kucharczyk, Jürgen
<u>FDP</u> Gruß, Miriam		<u>FDP</u> Lenke, Ina
<u>DIE LINKE.</u> Golze, Diana		<u>DIE LINKE.</u> Wunderlich, Jörn	
<u>BÜ90/GR</u> Deligöz, Ekin		<u>BÜ90/GR</u> Gehring, Kai



Kinderkommission (13)

öff.

Mittwoch, 05. November 2008, 12:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

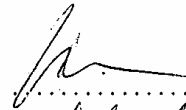
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Anja Studenroth

LINKE



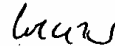
Michael Klünder

LINKE



Christine KREUZER

FDP



.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

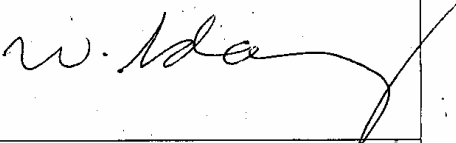

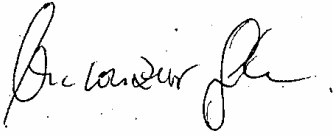
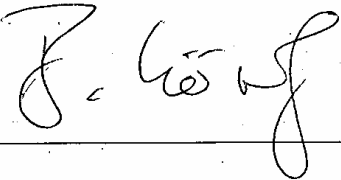
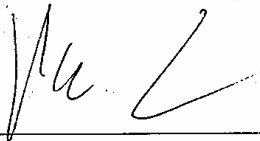
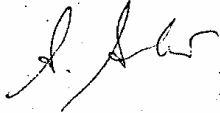
.....

.....

.....

Anwesenheitsliste der Sachverständigen

**Öffentliche Anhörung zum Thema
„Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“**

Name	Unterschrift
Dr. Wilhelm Adamy Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	
Annette Berg Jugendamt Monheim am Rhein	
Marion von zur Gathen Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Barbara König Zukunftsforum Familie e. V.	
Prof. Dr. Ronald Lutz Fachhochschule Erfurt	
Sabina Schutter Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.	

Liste der Sachverständigen

Dr. Wilhelm Adamy

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Annette Berg

Jugendamt Monheim am Rhein

Marion von zur Gathen

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Barbara König

Zukunftsforum Familie e. V.

Prof. Dr. Ronald Lutz

Fachhochschule Erfurt

Sabina Schutter

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.

Fragen für die öffentliche Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“ am 5. November 2008, 12.30 bis 15.30 Uhr

1. Was sind für Sie die wichtigsten kommunalen, landes- und bundespolitischen Schritte zur Überwindung von Kinderarmut?
2. Welche Maßnahmen sind auf den einzelnen Ebenen im Bereich Bildung, Infrastruktur, Betreuung und Jugendhilfe zu ergreifen?
3. Welche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. für eine familienfreundliche Arbeitswelt wären zu empfehlen?
4. Welchen Stellenwert haben Maßnahmen zur Eindämmung von Niedriglohnbeschäftigung und Erwerbslosigkeit?
5. Was braucht ein Kind für eine gute Förderung seiner Entwicklung und wie kann bzw. soll dieser Bedarf bemessen sein (Infrastruktur/Ressourcen)? Sehen Sie die Notwendigkeit einer spezifischen Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche und wie hoch schätzen Sie diesen Bedarf ein?
6. Grundlage für die Bemessung des Existenzminimums eines Kindes ist der Eckregelsatz des SGB XII, an dem sich das SGB II orientiert. Halten Sie die prozentuale Ableitung des Hartz IV-Satzes eines Kindes vom Bedarf eines Erwachsenen für sachgerecht?
7. Wie würde sich eine Erhöhung des Bedarfssatzes nach den gängigen Armutsdefinitionen (Kinder im SGB II-Bezug/Prozentualer Anteil am Medianeinkommen) auswirken? Wie wäre ggf. der Effekt zu beurteilen, dass eine Erhöhung der Transferleistungen zu einer ungünstigeren Quote führen kann?
8. Sollte eine evtl. Erhöhung ohne Vorgaben in Form von Barleistungen ausgezahlt werden oder gibt es Gründe, die für eine zweckgebundene Verwendung sprechen (z. B. Gutscheine für Schulessen o. ä.)? Wie wäre dies ggf. umzusetzen?
9. Wie sollten Transferleistungen an Kinder und insbesondere Kinderzuschlag, Kindergeld und Kinderregelsätze beschaffen sein, um wirksam Kinderarmut zu vermeiden und wie könnte man sie effizienter ausgestalten?
10. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kinderzuschlags nach Alter des Kindes als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?
11. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kindergeldes nach Anzahl der Kinder als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?
12. Wie bewerten Sie Konzepte für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung, die die bisherigen Leistungen für Kinder bündelt und weiterentwickelt? Wie bewerten Sie andere Konzepte beispielsweise in Form eines Bürgergeldes?

13. Welche anderen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Kinderarmut zu überwinden?
14. Wie wirken die Instrumente der Armutsbekämpfung? Müssen innerhalb der Instrumente Infrastruktur und materielle Versorgung Prioritäten gesetzt werden? Wenn ja, welche?
15. Welche Mechanismen führen zur sogenannten „vererbten Armut“ und wie können diese durchbrochen werden? Wie kann verhindert werden, dass eine höhere Transferleistung für Kinder von Eltern mit geringeren Einkommenschancen den Anreiz zu eigenem Erwerbseinkommen vermindert?

Sprechregister

Kinderkommission

Seite

Vorsitzende Diana Golze (DIE LINKE.)	11, 14, 17, 20, 24, 26, 28, 31, 32, 34, 36, 38, 41, 45, 50, 51, 53, 54, 55, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65
Michaela Noll (CDU/CSU)	29, 54
Marlene Rupprecht (SPD)	31, 57
Miriam Gruß (FDP)	32, 34
Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 47
Jörn Wunderlich (DIE LINKE.)	38

Sachverständige

Dr. Wilhelm Adamy	12, 38, 41, 56, 59
Annette Berg	14, 41, 59
Marion von zur Gathen	17, 45, 47, 60
Barbara König	20, 47, 61
Prof. Dr. Ronald Lutz	24, 33, 50, 51, 62
Sabina Schutter	26, 53, 64

Beginn der Sitzung: 12.38 Uhr

Vorsitzende: Sehr geehrte Sachverständige, liebe Mitglieder der Kinderkommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“.

Die Kinderkommission hat sich bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf ein Arbeitsprogramm verständigt, in dem Kinderarmut einer der Schwerpunkte darstellt. Innerhalb der letzten drei Jahre sind eine Reihe von Untersuchungen, Analysen und Gutachten zu dieser Problematik entstanden, die zu einem enormen Erkenntniszuwachs geführt haben. Deshalb war es uns als Kinderkommission ein großes Anliegen, keine Bestandsaufnahme dessen zu machen, was wir bereits wissen, sondern nach Lösungswegen und Strategien zur Überwindung von Kinderarmut zu suchen. Dazu wurde ein sehr breitgefächertes Fragenkatalog erarbeitet und an die heute hier anwesenden Sachverständigen versandt. Alle Sachverständigen haben relativ kurzfristig auf den Fragenkatalog reagiert und uns im Vorfeld ihre Stellungnahmen zur Verfügung gestellt. Dafür möchte ich Ihnen von meiner Seite schon einmal ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Ihnen zunächst die Mitglieder der Kinderkommission und die Sachverständigen vorstellen und einige Worte zum Ablauf der Anhörung sagen.

An meiner Seite haben Platz genommen Michaela Noll von der CDU/CSU-Fraktion, die als erste in dieser Legislaturperiode den Vorsitz der Kinderkommission innehatte, Marlene Rupprecht von der SPD-Fraktion, die sich auch von einer vor kurzem erfolgten Knieoperation nicht von der Teilnahme hat abhalten lassen, Miriam Gruß von der FDP-Fraktion, meine unmittelbare Vorgängerin als Vorsitzende, und last but not least Ekin Deligöz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die nach mir den Kommissionsvorsitz übernehmen wird. Wie Sie wissen, wechselt der Vorsitz in der Kinderkommission in regelmäßigen Abständen. Innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode hat jedes Mitglied für neun Monate den Vorsitz. Mein Name ist Diana Golze von der Fraktion DIE LINKE. Ich bin die derzeitige Vorsitzende der Kinderkommission.

Als Sachverständige heiÙe ich herzlich willkommen Dr. Wilhelm Adamy vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Annette Berg vom Jugendamt Monheim, Marion von zur Gathen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Barbara König vom Zukunftsforum Familie e. V., Prof. Dr. Ronald Lutz von der Fachhochschule Erfurt sowie Sabina Schutter vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V. Vielen Dank, dass Sie uns alle heute hier zur Verfügung stehen.

Der Ablauf der Sitzung ist folgendermaßen vorgesehen: Alle Sachverständigen haben zunächst Zeit für ein Statement von fünf Minuten. Die Kinderkommission ist bekannt dafür, dass sie nicht ganz so streng auf die Uhr schaut. Gleichwohl bitte ich alle Sachverständigen, sich an den Zeitrahmen zu halten und sich möglichst kurz zu fassen, damit im Interesse aller viel Zeit für die Beantwortung der Fragen bleibt. Nach den Statements der Sachverständigen folgt eine erste Fragerunde durch die Kolleginnen und Kollegen. Anschließend machen wir eine kleine Pause, nach der dann die zweite Fragerunde beginnt. Gegen 15.30 Uhr soll die Anhörung beendet sein. Als erstes erteile ich Herrn Dr. Adamy vom Deutschen Gewerkschaftsbund das Wort.

Herr Dr. Wilhelm Adamy (DGB): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir als DGB sind besorgt über das Armutsrisiko von Kindern. Trotz konjunktureller Belebung hat sich hinsichtlich der Reduzierung der Kinderarmut sehr wenig getan. Allein im Hartz IV-System ist das Risiko von Haushalten mit Kindern immer noch doppelt so hoch wie in Haushalten mit Paaren ohne Kinder. Bei den Alleinerziehenden sind mehr als 40 Prozent auf Hartz IV angewiesen. Sowohl bei den Paaren mit Kindern als auch bei den Alleinerziehenden hat es trotz konjunktureller Belebung nur minimale Veränderungen gegeben. Von daher ist es dringend erforderlich, mehr zu tun, damit Armut nicht noch häufiger vererbt wird, als das ohnehin schon heute der Fall ist.

Aus unserer Sicht geht es in erster Linie darum, vernetzte und zielgerichtete Hilfen für diesen Personenkreis auszubauen. Das bezieht sich zum einen auf die Frage von Sachleistungen; zum anderen sind aber präventive Ansatzpunkte wichtig, die darauf abzielen, soziale Nachteile der Haushalte insbesondere im Bildungssystem abzubauen. Bekanntlich hat unser Bildungssystem beim Abbau von Chancenungleichheiten enorme Defizite. Eine präventive Bildungspolitik muss dabei so früh wie möglich ansetzen.

Notwendig ist aber auch eine besser vernetzte Hilfe durch unterschiedlicher Akteure, angefangen von Schulen, medizinischen Fachkräften sowie Experten von Jugendhilfe und Sozialarbeit. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist die bessere Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt, um auf diese Weise eine soziale Stabilisierung zu erreichen. Leider muss man feststellen, dass an dieser Stelle im Hartz IV-System viel zu wenig geschieht. Sowohl die Aktivitäten für die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt als auch die Maßnahmen für Paare mit Kindern sind völlig unzureichend.

Gerade Paare mit Kindern sind in überdurchschnittlichem Maße Niedriglohnempfänger. Sie verdienen trotz Erwerbstätigkeit so wenig, dass sie zusätzlich auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Wir halten es deshalb für notwendig, für diesen Personenkreis gezielte Programme aufzulegen. Dies gilt zum einen für Alleinerziehende, bei denen zudem die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Arbeitsvermittlung und integrativen Hilfen der Kommunen verbessert werden müssen. Zum anderen müssen gezielte Initiativen für Paare mit Kindern im Hartz IV-System ergriffen werden, um sicherzustellen, dass es zumindest einen Vollerwerbstätigen in diesen Haushalten gibt und Kinder auf diese Weise erfahren, dass Arbeit ein positives Element ist. Der DGB kritisiert, dass sowohl Politik als auch Arbeitsgemeinschaften hier keine ausreichenden Aktivitäten unternommen haben, um die Integration voranzutreiben.

Ich möchte noch einige andere Aspekte anfügen. Wir halten es für notwendig, die Frage der Gesundheitsversorgung stärker zu thematisieren, da Familien aus benachteiligten Situationen gesundheitliche Dienste häufig nicht in ausreichendem Maße in Anspruch nehmen. Deshalb ist hier beispielsweise mehr Unterstützung notwendig, angefangen bei Informationen zur Erziehung im Kindergarten, bis zu Beratungsangeboten über einen verbesserten Zugang zum Gesundheitswesen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir mehr tun müssen, um der Herausbildung von sozialen Ghettos entgegenzuwirken. Um städtische Gebiete wiederzubeleben, ist das Zusammenwirken unterschiedlicher Politikbereiche notwendig. Hier gibt es mit dem Programm „Soziale Stadt“ durchaus sehr sinnvolle Ansatzpunkte. Diese müssen unseres Erachtens - neben der Frage der Existenzsicherung für

die Betroffenen selber - vorangetrieben werden. Wir begrüßen, dass jetzt endlich einige leichte Korrekturen beim Kinderzuschlag und beim Wohngeld vorgenommen werden; wir halten allerdings weitergehende Schritte für erforderlich.

Vorsitzende: Vielen Dank. Als nächstes hat Frau Annette Berg vom Jugendamt Monheim am Rhein das Wort.

Frau Annette Berg (Jugendamt Monheim am Rhein): Dankeschön, Frau Vorsitzende dafür und auch noch einmal für die Einladung heute. Mein Name ist Annette Berg. Ich leite das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein und möchte meine Stellungnahme dazu nutzen, Ihnen unser Modell zur Prävention von Armutsfolgen bei Kindern vorzustellen. Ich habe eine kleine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, die Sie an den Bildschirmen mitverfolgen können. Für alle, die vielleicht nicht so genau wissen, wo Monheim am Rhein liegt, weise ich darauf hin, dass es in Nordrhein-Westfalen, genauer gesagt im Kreis Mettmann und dort zwischen den Ballungsräumen Köln und Düsseldorf liegt und auf jeden Fall einen Besuch wert ist.

Erlauben Sie mir einige Erläuterungen zum Modell „Monheim für Kinder“ (Mo.Ki). Mo.Ki ist ein kommunales Gesamtkonzept zum Aufbau einer Präventionskette zur Vermeidung von Armutsfolgen bei Kindern - und zwar von der Geburt bis zur Berufsausbildung. Mo.Ki besteht seit dem Jahr 2002. Wir haben Mo.Ki damals gemeinsam mit dem Bezirksverband Niederrhein ins Leben gerufen, um in Monheim die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern strukturell zu verbessern und die Teilhabe von Familien am öffentlichen Leben zu unterstützen. Hierfür gibt es in Monheim folgende Struktur:

In Monheim leben 8.379 Kinder im Alter von 0 bis 18 Jahren; 33,4 Prozent davon leben in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, dem sogenannten Berliner Viertel. Insgesamt beziehen 19 Prozent aller Kinder Hilfen zum Lebensunterhalt oder ähnliches. Wir haben festgestellt, dass Kinder im Alter von unter sechs Jahren hiervon besonders stark betroffen sind - in dieser Altersgruppe ist es in der gesamten Stadt jedes vierte Kind, im Berliner Viertel sogar jedes zweite. Im weiteren Verlauf wird der Anteil etwas geringer. Jedoch war dies für uns eine Situation, die gerade aus der Jugendhilfesicht eine spezielle Herangehensweise erfordert hat. Mit 32 Fäl-

len auf 1.000 Einwohnern gibt es in Monheim einen sehr hohen Bedarf an Hilfen zur Erziehung. Zudem werden Sprachauffälligkeiten bei jedem zweiten Kind festgestellt.

Es wurde analysiert, was mit diesen Kindern im weiteren Lebensverlauf passiert. Das Ergebnis, dass die soziale Herkunft den Bildungsverlauf der Kinder letztlich schon von Geburt an prägt, ist sicherlich nicht neu. Aber für uns war es dennoch eine wegweisende Erkenntnis in Monheim, dass wir festgestellt haben, dass die meisten Kinder des Berliner Viertels nach Vollendung der 4. Klasse maximal den Hauptschulabschluss anstreben. Im gesamtstädtischen Bereich dreht sich dieses Verhältnis um. Hier ist der Zugang zu höheren Schul- und Berufsabschlüssen viel eher gegeben als in diesem strukturschwachen Gebiet.

Wir haben „Monheim für Kinder“ mit der Zielsetzung gegründet, bis zum Jahr 2012 die Zahl der Kinder, die einen mittleren Bildungsabschluss erreichen wollen, um 10 Prozent zu steigern. Hierfür haben wir ein übergreifendes Modell entwickelt, welches die Kinder in unterschiedlichen Lebensaltersphasen direkt in den Blick nimmt. Dieses ist aufgeteilt nach den Bereichen Geburt, Kindertagesstätte, Grundschule, weiterführende Schulen und Übergang zwischen Schule und Beruf.

Ich habe diese hier noch einmal veranschaulicht, damit man besser sehen kann, wie die einzelnen Bereiche ineinander greifen. Wir wollen Kinder und Familien da erreichen, wo sie sich aufhalten bzw. wo sie anzutreffen sind. In Mo.Ki-Baby bieten wir Hilfen direkt nach der Geburt an. Nach dem Begrüßungskontakt, den wir selbstverständlich auch im Programm haben, gibt es beispielsweise Hilfen durch Familienhebammen oder durch Angebote zur Familienbildung usw. Anschließend gibt es Hilfen, um insbesondere die Übergangsphasen in die Kindertagesstätte sowie von der Kindertagesstätte in die Grundschule vorzubereiten und zu begleiten. Diese Schnittstellen sind bewusst so gewählt, da nach unserer Meinung in diesen Übergangsperioden die Gefährdung besonders hoch und eine besondere Begleitung erforderlich ist.

Ganz wichtig ist uns, das Thema Bildung anzugehen. Denn insbesondere für Kinder aus Armutsfamilien ist der Zugang zu Bildung häufig nicht unbedingt gegeben. Es fehlt an den entsprechenden Ressourcen innerhalb der Familie, das Kind in der schulischen Entwicklung zu begleiten. Die Stadt Monheim legt daher auf das Thema „Bildungsförderung“ insbesondere bei Armutskindern oder Kindern aus armen Fami-

lien besonderen Wert. Auch das Thema „Kinderschutz“, d. h. das frühzeitige Erkennen von Gefährdungspotentialen in den Familien bzw. deren Abbau schon im Vorfeld, spielt eine wichtige Rolle. Darüber hinaus gehören für uns materielle Hilfen, Schulunterstützungen, Essensversorgung, Begleitung zu Ämtern, Erziehungsförderung der Kinder, die Stärkung des Unterstützungsverhaltens der Eltern, Sprachförderung, kulturelle Bildung und Gesundheitsvorsorge, wo es bei über 50 Prozent der Kinder aus Armutsfamilien erhebliche Defizite gibt, auch dazu.

Verändert wurde auch die Struktur der Jugendhilfe. Wir setzen nicht auf von oben aufgesetzte Projekte, sondern bringen alle zur Verfügung stehenden Stellen und finanziellen Ressourcen sowie alle Träger, die in irgendeiner Form in der Jugendhilfe tätig sind, zusammen und verpflichten sie auf ein gemeinsames Ziel. Wichtig ist für uns, dass dabei alle Kinder erreicht werden. Deshalb setzen wir bei den Strukturen an und gehen in alle Kitas und Grundschulen, um tatsächlich alle Kinder zu erreichen.

„Monheim für Kinder“ unterstützt Familien, fördert Kinder, stärkt Eltern und baut die Qualifizierung der Fachkräfte aus, beispielsweise dadurch, dass Mitarbeiter und Lehrer hinsichtlich der Frage der Förderung von armen Kindern besonders geschult werden. In dieses Netzwerk sind alle Akteure eingebunden, die irgendwann Kontakt mit Kindern und Familien haben: Quartiersmanagement, Schulen, Gesundheitsdienste und freie Träger.

Wir fördern Bildungschancen für Kinder unabhängig von der Herkunft und übernehmen Verantwortung dafür, dass auch arme Kinder in die Lage versetzt werden, später ein eigenständiges Leben zu führen und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Das Kind steht für uns im Zentrum aller Bemühungen. Deshalb klammern wir die Situation der Familie ein wenig aus und konzentrieren uns auf das, was das Kind zur gesunden Entwicklung braucht. Dieses wird gestärkt und gefördert, und da gehört die Familie mit hinein. Insgesamt gibt es eine sehr wirkungsorientierte Steuerung durch die kommunale Jugendhilfe und eine bemerkenswerte Infrastruktur zur Unterstützung von Kindern und Familien.

Was die Wirkung von „Monheim für Kinder“ angeht, kann man feststellen, dass wir mittlerweile 100 Prozent aller Vierjährigen in Kindertagesstätten haben. Die Teilnah-

me an U-Untersuchungen hat sich von 74 Prozent im Jahr 2004 auf 95 Prozent im Jahr 2007 erhöht. Wir haben in den teilnehmenden Grundschulen ein Ampelsystem installiert, das sehr früh ansetzt und bestimmte Förderbereiche erfasst, um eine individuelle Förderung der Kinder innerhalb des weiteren Grundschulverlaufes sicherzustellen. Wir haben hierzu verschiedene Entwicklungsbereiche in der Schule herausgenommen, in denen die Kinder beobachtet und gezielt gefördert werden, damit diese nach der 4. Klasse mindestens den mittleren Abschluss als Ziel anstreben können.

Die Fallentwicklung ist im Bereich der Hilfen für Erziehung für unter Sechsjährige sehr stark angestiegen. Das erscheint uns als ein positives Signal, da die Eltern zuvor erst zu uns kamen, wenn die Kinder 14 Jahre oder älter waren. Insbesondere im stationären Bereich haben wir jedoch im Moment eine sehr geringe Zahl an Hilfen für Erziehung. Der Anteil im stationären Bereich beträgt 30 Prozent, im ambulanten Bereich 70 Prozent. Das ist für Nordrhein-Westfalen einzigartig. Der HzE-Bericht 2006 stellt für Nordrhein-Westfalen eine Quote von 56 Prozent im stationären und von 44 Prozent im ambulanten Bereich fest. Unsere Bemühungen sind vielfach ausgezeichnet worden, etwa 2004 mit dem Deutschen Präventionspreis, aber auch mit anderen Auszeichnungen. Darauf sind wir sehr stolz.

Bei einer Übertragung des Modells erscheinen uns die Sensibilisierung für die Auswirkung von Kinderarmut auf die kindlichen Lebensverhältnisse und die Installierung eines politikübergreifenden Denkens und Handelns besonders wichtig, um eine gemeinsame Verantwortung herzustellen und um zu verhindern, dass das Thema „Kinderarmut“ mit Verweis auf Ressortzuständigkeiten einfach weggeschoben werden kann. Um eine kindbezogene Infrastruktur aufzubauen und eine wirkungsvolle Strategie umzusetzen zu können, muss zudem eine grundsätzliche Bereitschaft zur Veränderung von Systemen gegeben sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Berg. Das Wort hat jetzt Frau von zur Gathen.

Frau Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband): Herzlichen Dank. Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf die Fragen beschränken, die sich mit der Ausgestaltung eines bedarfsdeckenden Regelsatzes für Kinder und Jugendliche befassen. Mit der Frage der Ausgestaltung von Regelsätzen für Kinder und

Jugendliche im SGB II und SGB XII und dem Leistungsbezug hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband intensiv beschäftigt. Er hat seine Ergebnisse in einer Expertise zusammengefasst und veröffentlicht. Im Ergebnis wird deutlich, dass die Regelsätze mit 211 Euro für Kinder unter 14 Jahren und mit 281 Euro für ältere Kinder viel zu gering bemessen sind. Um bedarfsdeckend zu sein, müssten die Regelsätze im Schnitt um bis zu 40 Prozent angehoben werden. Ich möchte Ihnen kurz erläutern, wie wir zu unseren Zahlen gekommen sind und wie insbesondere die erheblichen Abweichungen zum regierungsamtlichen Regelsatz zustande kommen.

Bei der Berechnung der Regelsätze geht die Bundesregierung vom Ausgabeverhalten der untersten 20 Prozent der Einkommensskala aus, also vom einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung. Genau daran haben wir uns auch orientiert. Wir haben mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 2003 auch dieselbe Datengrundlage herangezogen wie die Bundesregierung. Wir sind also im Prinzip im Rahmen der bestehenden Methodik geblieben. Abweichungen ergeben sich aber in drei Punkten:

1. Regierungsamtlich werden ausschließlich Ein-Personen-Haushalte und damit auch viele Rentnerhaushalte ausgewertet. Familien mit Kindern gehen an keiner Stelle in die Berechnungen ein. Kindbedingte Verbrauchsausgaben werden somit so gut wie nicht erfasst und abgebildet. Im Unterschied dazu haben wir uns zur Bestimmung der Kinderregelsätze an Paarhaushalten mit einem Kind gehalten.
2. Das Ausgabenniveau und die einzelnen Ausgabepositionen der untersten Einkommensgruppe werden in der amtlichen Berechnung nicht einfach in den Regelsatz übernommen. Vielmehr werden alle Positionen herausgestrichen, die Hartz IV-Beziehern nach den Vorstellungen des zuständigen Arbeitsministeriums nicht zustehen. Das betrifft beispielsweise Ausgaben für Kuren, Urlaub oder auch Bildung. Andere Ausgabepositionen wie für Kultur oder Gesundheit werden mit gleicher Begründung gekürzt.

An dieser Stelle sind wir wesentlich maßvoller umgegangen und haben uns insbesondere bei den Kürzungen für Bildung, Verkehr und Gesundheitspflege anders positioniert. Die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Ausgabeverhalten von Haushalten mit Kindern weist darauf hin, dass ein unzureichendes Einkom-

men Familien offensichtlich dazu zwingt, auf notwendige Ausgaben in diesen Bereichen zu verzichten. Wenn beispielsweise gerade einmal 47 Euro in einem ganzen Jahr für den Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen oder 2,15 Euro im Monat für außerschulischen Unterricht ausgegeben werden können, kann nicht mehr ernsthaft von einer Bedarfsdeckung gesprochen werden. Die Zahlen sind vielmehr ein deutlicher Beleg für mangelnde Bildungschancen und die Ausgrenzung einkommensschwacher Kinder.

3. Da die EVS nur alle fünf Jahre erhoben wird, muss der Regelsatz in den Jahren dazwischen in anderer Form festgestellt werden. Dies geschieht anhand der Entwicklung des Rentenwertes. Dies hat zur Folge, dass sich trotz steigender Lebenshaltungskosten seit 2003 bei den Regelsätzen nominal kaum etwas bewegt hat. Der Kaufkraftverlust des Regelsatzes beträgt seitdem über 8 Prozent. Allein diese Tatsache belegt, dass der Regelsatz heute im Jahr 2008 gar nicht mehr bedarfsdeckend sein kann. Anders als die Bundesregierung haben wir die Ergebnisse aus der EVS daher anhand der Lebenshaltungskosten und nicht anhand des Rentenwertes hochgerechnet. Dabei haben wir uns jede einzelne Position angeschaut, um auch Abweichungen in den einzelnen Positionen noch einmal festzuhalten.

Im Unterschied zur Herleitung der Kinderregelsätze durch die Bundesregierung orientiert sich der Paritätische Wohlfahrtsverband an Haushalten mit Kindern und nicht an Single-Haushalten. Dadurch werden die einzelnen Ausgabepositionen tatsächlich unter Bedarfsgesichtspunkten von Kindern diskutiert und die steigenden Lebenshaltungskosten berücksichtigt. Die auffälligsten Abweichungen zum bestehenden Regelsatz für Kinder liegen bei den Positionen Nahrungsmittel, Kleidung und Schuhwerk sowie Freizeit, Kultur und Bildung. Ich hoffe, ich komme in der Befragung noch einmal dazu, auf die Positionen näher einzugehen.

Im Ergebnis fordern wir vier Schritte, die aus unserer Sicht notwendig sind:

1. eine Wiedereinführung von einmaligen atypischen Leistungen im SGB II- und SGB XII-Bezug;
2. eine deutliche Anhebung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche. Die Anpassung sollte analog zum jeweiligen Bedarf nach drei Altersgruppen gestaffelt werden. Nach unseren Berechnungen ergeben sich folgende Regelsätze:

für die 0- bis unter 6-Jährigen 254 Euro,
für die 6- bis unter 14-Jährigen 297 Euro und
für die 14- bis unter 18-Jährigen 321 Euro;

3. die Orientierung der Regelsätze anhand der Lebenshaltungskosten und nicht wie bisher anhand der Rentenentwicklung;
4. den Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche - insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport - und die Schaffung von kostenfreien bzw. stark kostenreduzierten Zugängen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass es im Vorfeld der Erörterung verschiedener Strategien und Handlungsansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut notwendig ist, eine Grundsatzentscheidung zu treffen, nämlich, ob wir uns mit den Überlegungen und Ansätzen zur Bekämpfung von Kinderarmut im geltenden Sozialleistungssystem bewegen oder darüber hinaus über alternative Handlungsansätze diskutieren wollen. Diese grundsätzliche Entscheidung öffnet oder schließt Handlungsräume. Bleiben wir nicht dem bisherigen Leistungssystem verhaftet, kann über neue Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut - Stichwort Kindergrundsicherung oder ein existenzsicherndes, der Einkommensteuer unterworfenen Kindergeld - nachgedacht werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau von zur Gathen. Ich gebe jetzt das Wort an Frau Barbara König.

Frau Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.): Herzlichen Dank. Erlauben Sie mir zu Beginn einen kurzen Hinweis zum Zukunftsforum Familie. Wir sind ein Familienverband, der auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt entstanden und seit 2002 aktiv ist.

Es geht heute nicht um Zahlen zur Kinderarmut oder um Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut, sondern - wie es im Titel der Anhörung heißt - um Strategien zur Überwindung von Kinderarmut. Für mich gehören zu einer Strategie drei Dimensionen. Die erste ist die der verschiedenen Maßnahmeinstrumente, die zusammenwirken müssen. Die zweite Dimension betrifft die Zeitachse und die Frage, was man kurz-, mittel- und langfristig tun kann und die dritte Dimension ist die der

Akteure, die neben Bund, Ländern und Kommunen auch die Beiträge von Verbänden, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einschließt.

Sie haben diese verschiedenen Aspekte in ihren Fragen wunderbar berücksichtigt. Ich will mich deshalb jetzt in meinen Ausführungen auf die ersten beiden Dimensionen beziehen, d. h. auf die Frage der Maßnahmen und auch auf die Frage, wie was in welchem Zeitaspekt wirkt.

Hinsichtlich der Maßnahmen ist es mir zunächst ein wirkliches Herzensanliegen, ein Dogma anzusprechen, das seit Jahren wie ein Gespenst durch die Debatte und besonders durch die Medien geistert. Dabei handelt es um ein Scheingefecht zwischen Bildung oder Geld als Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Bildung steht dabei auf der einen Seite für alle Maßnahmen, die auf den Ausbau der Kinderbetreuung setzen, die weniger Selektion im Schulsystem und eine bessere Vernetzung wollen - also all das, was Frau Berg bei der Präventionskette von Mo.Ki angeführt hat; auf der anderen Seite steht das Stichwort Geld für alle monetären Transfers, die das Sozialgeld im SGB II, den Kinderzuschlag, das Wohn- und Kindergeld und vieles andere mehr umfassen.

Nach unserer Ansicht wird häufig der Anschein erweckt, als müsse man sich für eines von beiden entscheiden und als hätte man auch nur für eines der beiden Fälle letztlich Geld im Staatssäckel. Wirklich erstaunlich ist für mich, dass die Exponenten des Bildungslagers von dem anderen immer Entscheidungen fordern. Viele Verbände und Politiker fordern beides - sowohl mehr Gerechtigkeit durch Bildung, also mehr Teilhabegerechtigkeit, als auch mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Transfers, also mehr Verteilungsgerechtigkeit, da nur beide zusammen wirklich wirken. Dieser Meinung schließen wir uns an. Denn natürlich stimmt nicht, dass man den Familien nur mehr Geld geben muss, um Familien- und Kinderarmut zu beseitigen. Eltern beispielsweise, die nicht wissen, wie sie ihre Kinder gesund ernähren können, weil ihnen die entsprechenden Kompetenzen fehlen, werden dies auch nicht wissen, wenn sie 50 Euro mehr im Monat erhalten. Umgekehrt gilt aber genauso: Eltern, die beispielsweise an niedrigschwelligen Kochkursen teilnehmen, werden ihre Kinder trotzdem nicht besser ernähren können, weil 2,57 Euro am Tag hierfür einfach zu wenig sind. Ich glaube, niemandem im Saal - mich eingeschlossen - würde dies gelingen.

Insofern zeigt das Beispiel, wie absurd die genannte Unterscheidung ist. Nur Bildung und Geld zusammen ergeben nach unserer Ansicht eine sinnvolle Strategie, um Kinder aus der Armut zu holen und um auch deren Eltern zu stärken.

Im übrigen glauben wir, dass Eltern auch mehr Vertrauen verdienen. Die Nürnberger Studie von Werner Wüstendörfer zeigt zum Beispiel, dass Eltern armer Kinder zuerst bei sich selbst sparen - bei Ausgaben für ihre Freizeit, für ihre Kleidung und ganz zuletzt erst bei Schulausgaben für ihre Kinder.

Der zweite Aspekt ist der der Zeit. Hier möchte ich gerne zwischen kurzfristigen Maßnahmen der Realpolitik innerhalb des bestehenden Hilfesystems und langfristig wirkenden Maßnahmen außerhalb des Systems trennen. Frau von zur Gathen hatte die grundsätzliche Frage bereits angesprochen, ob man im System bleibt oder es wagt, darüber hinauszugehen.

Was den Aspekt der Realpolitik angeht, haben meine Vorredner schon einiges angeführt. Je nachdem wie groß die Armut oder wie hoch das Einkommen der Familien ist, gibt es verschiedene Einzelmaßnahmen. Familien ohne oder mit ganz niedrigem Einkommen sind im SGB II-System. Dazu hat Frau von zur Gathen bereits einige Anmerkungen gemacht. Wir teilen die Ansicht, dass die Kinderregelsätze in ihrer jetzigen Systematik nicht den kindlichen Bedarf abbilden, dass es eine andere Erfassung geben muss und der Regelsatz erhöht werden muss.

Bei Familien an der Schwelle zum SGB II gibt es mit dem Kinderzuschlag eine sinnvolle Maßnahme. Wir kritisieren jedoch, dass er immer noch viel zu kompliziert ist, und fordern, dass die Mindesteinkommensgrenzen künftig wegfallen und dass es mindestens 150 Euro pro Kind und Monat geben muss.

Darüber hinaus gibt es das allgemeine Kindergeld, das demnächst, wie wir alle erfahren haben, um 10 Euro für das erste und zweite Kind erhöht werden soll. Diese Erhöhung fängt die Preissteigerung noch nicht einmal auf und wirklich interessant wird es dann bei den gut verdienenden Eltern. Wie Sie wissen, bleibt die Lücke zwischen Kindergeld und der höchsten maximalen steuerlichen Entlastung auch nach dem neuen Existenzminimum-Bericht bestehen. Sie wird auch nicht dadurch kleiner, dass das Kindergeld für das erste Kind demnächst 167 Euro betragen wird, denn die

höchste Steuerentlastung liegt bei rund 240 Euro. Diese Ungerechtigkeit bleibt bestehen und muss nach Ansicht des Zukunftsforums Familie aufgehoben werden. Auch alle Kinder im SGB II-Bezug haben nichts von Kindergelderhöhungen.

Damit komme ich am Schluss zur Frage eines möglichen Systemwechsels. Das ist natürlich ein Stück weit eine Vision und unsere Vision heißt auch allgemeine Kindergrundsicherung. Erlauben Sie mir hierzu noch einige Worte:

Die Grundsicherung sollte alle bisherigen Einzelleistungen, die ich eben erläutert habe, zusammenfassen und den Grundbedarf aller Kinder einkommensunabhängig sicherstellen. Neben mehr Transparenz hätte dies auch den Vorteil, dass die bisherigen, bereits erwähnten Widersprüche und Ungereimtheiten zwischen Familienförderung und Steuerpolitik beseitigt und auch Kinder im SGB II-Bezug davon profitieren würden. Mit der Forderung nach einem Systemwechsel stehen wir nicht alleine da. Frau von zur Gathen hat es angesprochen, aber es gibt auch Überlegungen in anderen Verbänden, auch bei Gewerkschaften, wie dem DGB, oder auch bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO), bei deren Bundeskonferenz in zwei Wochen gleich mehrere Anträge dazu auf der Tagesordnung stehen.

Damit kommen wir zum Kern dieser Vision und der Frage, wie hoch denn die Kindergrundsicherung sein und wie sie finanziert werden soll. Diesbezüglich gibt es schon jetzt eine breite Spanne an Forderungen. Der DGB hat in einem Papier ein allgemeines Kindergeld in Höhe des sächlichen Existenzminimums von 304 Euro gefordert. Ein allgemeines Kindergeld für alle Kinder ist aus meiner Sicht im Grunde eine Kindergrundsicherung, also diese 300 Euro. Die AWO in Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, eine Kindergrundsicherung in Höhe von 350 Euro pro Monat und Kind zu fordern. Der Wissenschaftler Klaus Schäfer vom WSI empfiehlt sogar, sich nicht nur am sächlichen, sondern am kompletten Existenzminimum, das Bildung, Betreuung und Erziehung einschließt, zu orientieren. Das sind dann 484 Euro pro Kind und Monat. Die Bandbreite reicht also von 300 bis knapp 500 Euro und natürlich beteiligen wir uns aktiv an der Diskussion. Morgen haben wir eine Vorstandssitzung, bei der wir uns auch mit diesem Modell befassen und Beschlüsse fassen werden.

Ein solches Modell erfordert Mut, denn wenn man eine Kindergrundsicherung in Höhe von 300 bis 480 Euro durchrechnet, kommt man auf Bruttokosten von rund 60 bis 100 Milliarden Euro im Jahr. Das ist viel Geld, auch wenn dies immer noch weniger

Mittel sind im Vergleich zu den 500 Milliarden Euro, die binnen einer Woche für die Bekämpfung der Finanzmarktkrise bewilligt wurden. Dennoch bleibt es viel Geld, und die Spielräume des Haushalts sind begrenzt. Es gibt aber natürlich Ansätze zur Refinanzierung. Ich will nur einige wenige nennen:

Wir fordern, dass die Kindergrundsicherung besteuert wird, so dass bei hohen Einkommen auch Gelder zurückfließen würden. Andere Maßnahmen, wie das Sozialgeld oder der Kinderzuschlag, könnten wegfallen. Darüber hinaus könnte man auch über Mehreinnahmen zum Beispiel durch den Wegfall des Ehegattensplittings und stattdessen eine gezielte Förderung der Kinder sowie über andere Steuermodelle, wie zum Beispiel die Vermögenssteuer, nachdenken.

Wir sind uns bewusst, dass dies eine Vision ist, die Mut braucht. Sie erfordert erstens den Mut, sich einzugestehen, dass die bisher praktizierte Zerstückelung von monetären Leistungen ineffizient war. Sie erfordert zweitens den politischen Mut, die Priorität auf die Kinder zu legen und eventuell anderen Bevölkerungsgruppen etwas Geld zur Finanzierung einer solchen Kindergrundsicherung wegzunehmen. Es braucht drittens den Mut, in der jetzigen Wahlperiode etwas zu entscheiden, was vielleicht erst in der übernächsten Wahlperiode oder noch später zum Erfolg führt. Das wissen wir. Deswegen erwarten wir auch keine Umsetzung im nächsten Jahr, aber wir möchten gerne zur Debatte hierüber einladen. Wir möchten dieses Modell auch gerne in dieser öffentlichen Anhörung zur Diskussion stellen, da wir denken, dass bis zu drei Millionen arme Kinder den Mut verdienen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau König. Jetzt hat Herr Prof. Dr. Lutz das Wort.

Herr Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Ich danke Ihnen ebenfalls für die Einladung, die mich - mitten im Semester - etwas überrascht hat. Aber ich habe mir die Zeit freigemacht, da mir das Thema sehr wichtig ist.

Ich glaube, wir brauchen in der Tat sehr viel Mut und auch Visionen, um Strategien zur Überwindung von Kinderarmut zu entwickeln. Es gibt dafür sicherlich keinen Königsweg. Ich habe in den letzten Jahren eine Art Baukastensystem mit einzelnen Bausteinen entwickelt, die man kommunal unterschiedlich zusammensetzen kann. Aber dies geht nur mit Förderung des Bundes und der Länder.

Notwendig ist, da stimme ich meinen Vorrednern zu, die Einführung einer Kindergrundsicherung. Sie sollte in jedem Fall über 300 Euro liegen. Wie hoch sie genau ausfallen sollte, kann man sicherlich unterschiedlich diskutieren. Ich habe mir vorhin das Zitat aufgeschrieben: „Nichts wird gut, wenn man mehr Geld gibt.“ Ich bin auch dieser Auffassung. Meine Überzeugung, die sich aus vielfältigen Diskussionen mit Mitarbeitern in Jugendämtern sowie mit Sozialarbeitern herausgebildet hat, ist, dass wir eine zunehmende Zahl an „erschöpften“ Familien, wie ich sie gerne nenne, haben. Sie sind erschöpft, weil man sie über lange Zeit allein gelassen hat. Das möchte ich ausdrücklich nicht als Anklage an die Familien verstanden wissen, denn diese sind einfach nicht mehr in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. In einem Land, das keine sonstigen Ressourcen hat, sind Kinder eine wichtige Ressource und auch etwas, an dem wir uns orientieren müssen. Wenn man Kinder und ihre Chancen fördern will, darf man sich nicht nur auf rein monetäre Maßnahmen, wie die Entwicklung einer Kindergrundsicherung, konzentrieren, die notwendig ist, sondern man muss auch eine ganze Fülle von infrastrukturellen Maßnahmen entwickeln. Dafür habe ich diese Bausteine entwickelt.

Wir müssen die Kinder dort stärken, wo die Stärke in den familiären Kontexten nicht mehr geleistet werden, oder wir müssen die familiären Kontexte so stärken, dass sie das tun, was sie eigentlich auch gern tun würden. Denn jede Familie, jeder Elternteil möchte seine Kinder stärken, nur manchmal können sie es nicht. Das heißt für mich, wir müssen aufsuchende Hilfen entwickeln. Wir müssen uns vor allem auch überlegen, warum gutgemeinte Dinge wie „Welcome“-Pakete, Elternordner oder Familienzentren, die es ja durchaus gibt und die Elternbildung anbieten, nicht immer von denen genutzt werden, um die es eigentlich geht. Wir brauchen hier zugehende Hilfen und meine Vision ist, dass diese Hilfen durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterstützt werden, die in den Gebieten wohnen, die die Sprache sprechen, die die Kultur verstehen und die deshalb auch andere Zugänge haben als Sozialarbeiter aus dem Jugendamt, die immer auch als bedrohlich empfunden werden.

Aber diese ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer brauchen die Unterstützung durch ein professionelles „Case Management“. Denn sie müssen hinsichtlich der Kinderschutzproblematik oder möglicher Auffälligkeiten ausgebildet und weiterqualifiziert werden. Das kann nur geschehen, indem man ein flächendeckendes, professionelles

„Case Management“ entwickelt, das die Ehrenamtlichen begleitet. Es gibt da bereits einzelne Modelle wie Kiez- oder Sozialpaten-Modelle, die im Sozialraum mit vielfältigen anderen Angeboten vernetzt werden müssen. Ich habe auch da eine ganze Fülle von kleinen Bausteinen entwickelt, die man miteinander kombinieren kann. Das bedeutet aber auch, dass der eigentliche Ansatz zur Arbeit an den Folgen von Kinderarmut auf der kommunalen Ebene liegt.

Der Bund und die Länder können, da denke ich beispielsweise an das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, die Rahmenbedingungen schaffen und auch das Geld dafür bereitstellen. Das Geld für so etwas müsste durchaus da sein. Diese Rahmenbedingungen haben in den Projekten „Soziale Stadt“ eine Fülle von Innovationen hervorgebracht, die sich auch im Bereich der Arbeit an den Folgen von Kinderarmut entwickeln ließen. Da könnte man an Mo.Ki und an anderen, bereits bestehenden Modellen ansetzen. Da muss man nichts neu erfinden, sondern versuchen, das Vorhandene zu verstärken. Dies halte ich für eine sehr pragmatisch orientierte Vision.

Lassen Sie mich abschließend noch auf zwei Dinge hinweisen, die mir wichtig sind. Zum einen sollten wir sehr viel stärker als bisher zur Kenntnis nehmen, dass mit dem eigenartigen, durch die Diskussion geisternden Wort von der „Hartz IV-Schule“ den Schülerinnen und Schülern in Schulen mitunter schon vermittelt wird: „Welche Chancen habt ihr denn noch?“

Zum anderen möchte ich den in Ihren Fragestellungen verwandten Begriff der „vererbten“ Armut kritisieren. Ich bin strikt gegen die Verwendung dieses Begriffs, da er eine Individualisierung nahelegt, die davon ablenkt, worum es eigentlich geht. Was wir erleben, ist eine Tradierung von Verhaltensweisen, die durch soziale und kulturelle Kontexte an Kinder weitergegeben werden. Denn vielfach erlernen Kinder in „erschöpften“ Familien, wie man sich im erschöpften Zustand einrichtet. Das müssen wir durchbrechen - und das ist meine Vision. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Lutz. Das Wort hat jetzt Frau Sabina Schutter.

Frau Sabina Schutter (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.): Vielen Dank. Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Man könn-

te meinen, wir hätten uns abgesprochen, etwa mit den Kolleginnen von zur Gathen und König. Denn auch ich möchte zu Beginn darauf hinweisen, dass der zugesandte Fragenkatalog viele Fragen enthält, die sich auf systemimmanente Lösungen beziehen. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VaMV) verlegt sich jedoch mit Vorliebe auf Visionen und versucht, große Lösungen zu entwickeln, auf die ich auch gleich noch eingehen werde.

Ich möchte zunächst auf die Situation der Alleinerziehenden eingehen. Die Alleinerziehenden sind die größte Gruppe der von Armut betroffenen; dies gilt auch für Kinder von Alleinerziehenden, die zudem am dauerhaftesten betroffen sind. Man muss sich vergegenwärtigen, dass es Kinder von Alleinerziehenden gibt, die 14 Jahre in Armut leben, d. h., sie verbringen ihre gesamte Kindheit und Jugend in Armut. Das liegt an ganz unterschiedlichen Gründen, vor allem aber auch daran, dass ein Drittel der Kinder von Alleinerziehenden unzureichend, unregelmäßig oder gar keinen Unterhalt bezieht. 500.000 Kinder leben im Unterhaltsvorschuss, der jetzt mit der Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro reduziert wird. Diese Situation muss sich ändern. Das halte ich für sehr bedeutsam. Wenn wir dies aus den Augen lassen und die ganze Zeit über die Kategorisierung von Kindern und über ihre Familiensituation sprechen, dann vernachlässigen wir die Tatsache, dass diese Kinder in Armut leben.

Die Sätze des Mindestunterhalts liegen weit unterhalb dessen, was tatsächlich für Kinder ausgegeben wird. Die Fiktion, dass ein Elternteil den Barunterhalt leistet und der andere Elternteil das Kind betreut, ist anachronistisch. Alleinerziehende leisten sehr viel für ihre Kinder und diese Leistung bleibt unsichtbar. Dadurch kommt es auch zu einem tradierten Geschlechterbild. Aber ich weiß, dass dies heute nicht unser Thema ist, deswegen gehe ich darauf nicht weiter ein.

Mein zweiter Punkt betrifft die Transferleistungen. Die Transferleistungen sind zu niedrig. Das wurde bereits häufiger angesprochen. Deshalb werde ich auch darauf nicht weiter eingehen.

Was ich für problematisch halte, ist die Kategorisierung von Kindern über den Erwerbsstatus ihrer Eltern. Kinder geraten in ein System, das eigentlich nicht für sie ausgerichtet ist. Sie werden danach eingeordnet, in welchem System ihre Eltern sind. Damit entscheidet sich zum Beispiel, ob sie 10 Euro mehr Kindergeld erhalten

oder ob ihre Eltern einen Gutschein bekommen. Dabei muss man sich auch überlegen, wie dies bei diesen Kindern ankommt: Meinen Eltern wird nicht zugetraut, dass sie mich ausreichend versorgen können. Deswegen bekommen wir einen Gutschein in die Hand gedrückt, während die Eltern von anderen Kindern 10 Euro mehr bekommen. Dies ist eine grundsätzliche Ausrichtung, die ganz früh beginnt und die diesen Kindern auch ein Bild von sich selbst und ihrer Familie vermittelt, das ich für schwierig halte.

Der dritte Punkt ist mein Lieblingsthema. Der VaMV hält die Kindergrundsicherung für den einzigen Weg, aus der Kinderarmut herauszukommen. Insbesondere für die Situation von Alleinerziehenden ist eine bedingungslose Kindergrundsicherung die Lösung. Im Moment fordern wir 450 Euro. Dies würde auch die Unterhaltsproblematik extrem entschärfen. Die Kolleginnen und Kollegen haben alles Notwendige bereits dazu gesagt.

Den vierten Punkt wollte ich eigentlich auslassen, aber weil Prof. Dr. Lutz ihn angesprochen hat, möchte ich das auch noch einmal ausdrücklich unterstützen. Der Begriff „vererbte“ Armut lässt als individualisierende Perspektive auf Armut strukturelle Ungleichheiten aus dem Blick und das lehnt der VaMV ab. Die Mechanismen von Ausschluss, von schlechteren Bildungschancen und von mangelnder Durchlässigkeit im Bildungssystem, die bereits im frühen Kindesalter greifen, sind tradiert und auch nicht durch einfache politische Maßnahmen zu bekämpfen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre Statements und dass Sie sich alle bemüht haben, sich kurz zu fassen, damit Raum für Fragen bleibt. Wie schon zu Beginn gesagt: Unser Fragenkatalog war sehr breitgefächert, da wir das gesamte Spektrum an Möglichkeiten erfassen wollten. Sie haben darauf reagiert, indem Sie von sich aus schon gesagt haben, welche Möglichkeiten im System bleiben und welche visionär sind.

Auch die Kinderkommission besteht aus geborenen Visionärinnen und deshalb suchen wir sowohl nach kurz-, mittel- als auch langfristigen Lösungen, die auch einen Blick über das hinauswerfen, was wir im Moment an theoretischen, aber auch an praktischen Möglichkeiten haben. Der Reigen der Sachverständigen hat gezeigt, dass es unterschiedliche Möglichkeiten und Ansätze gibt. Uns war es wichtig, oder uns schwebt vor, als Kinderkommission auch deutlich zu machen, wo vielleicht be-

stimmte Kompromisslinien bestehen. Sie haben es schon in Ihren schriftlichen Stellungnahmen und auch eben in Ihren Statements noch einmal angesprochen, dass es doch widerstreitende Interessen bzw. auch ein schwieriges System der Verantwortlichkeiten gibt. Sie haben auch die Bundes-, Landes- und kommunalen Ebenen angesprochen und es ist manchmal sehr schwierig abzuschätzen, wer für was zuständig ist.

Als Kinderkommission wollen wir unabhängig von diesen Verantwortlichkeiten aufzeigen, wo Kompromisslinien für kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Lösungsansätze liegen könnten und erhoffen uns, dadurch auch unseren Kolleginnen und Kollegen sowohl hier im Hause als auch auf den unterschiedlichen politischen Ebenen deutlich zu machen, wo es hier bestimmte Wege, die man gehen kann, gibt - natürlich mit Unterstützung von außerparlamentarischen Initiativen, die Sie hier auch vertreten.

Damit möchte ich mein Zwischenwort beenden, bedanke mich erst einmal für Ihre erste Runde und würde jetzt die erste Fragerunde eröffnen. Ich würde Euch nacheinander die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen und würde mir dann anschließend anschauen, ob unsere Kolleginnen und Kollegen, die zu Gast sind, vielleicht noch Fragen haben. Ich würde Euch aber im Interesse der Zeit bitten, dass Ihr Euch genau aussucht, an wen Ihr die Fragen stellt, damit nicht alle Sachverständigen gezwungen sind, zu reagieren, damit wir wirklich zielgerichtet arbeiten können.

Michaela, möchtest Du beginnen?

Abg. Michaela Noll (CDU/CSU): Zunächst einmal vielen Dank. Ich freue mich auch sehr, dass Sie sich alle an die fünf Minuten gehalten haben und über die ausführlichen Stellungnahmen zu dem Fragenkatalog, mit dem ich - wie ja bekannt ist - gewisse Bauchschmerzen hatte, weil gewisse Fragestellungen schon tendenziell in eine bestimmte Antwortrichtung gehen - Stichwort: Kindergrundsicherung. Mir ging es darum, die Sachen größer, generell anzugehen. Aber ich freue mich, dass in vielen Bereichen bei Ihnen insofern Konsens besteht, als dass Sie Kinderarmut nicht rein an finanzieller Kinderarmut festmachen, sondern dass dieser Begriff Kinderarmut breitgefächert ist - soziale Armut, kulturelle Armut. Es ist schon einmal wichtig, dass wir in diesem Punkt Konsens haben.

Ich finde es natürlich sehr schön, dass Mo.Ki aus meinem Wahlkreis ist und dass Sie, Herr Prof. Dr. Lutz, sich auch auf Mo.Ki beziehen, d. h. dass Mo.Ki auch innerhalb der Expertenrunde das Modell ist, das von vielen sehr begrüßt wird. Deswegen würde ich auch gerne gleich Frau Berg fragen: Wir kennen ja viele Folgen von Kinderarmut. Haben Sie in irgendeiner Weise statistische Belege, so dass Sie sagen können, die Folgen von Kinderarmut sind bei Ihnen rückläufig? Oder haben Sie sonst Formen von Nachhaltigkeit, so dass Sie im Nachgang die Wirkung überprüfen können?

Herr Prof. Dr. Lutz sprach eben auch schon den Zugang zu den Familien an - deswegen auch noch einmal an Sie, Frau Berg. Wir haben ja zwei risikobehaftete Gruppen: Das ist einmal die Gruppe der Alleinerziehenden, die einfach ein weitaus höheres Risiko hat, und dann nach wie vor die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergründen. Das sind beides Gruppen, die auch bei Ihnen in Monheim relativ stark vertreten sind. Herr Prof. Dr. Lutz sprach von „erschöpften“ Familien, die im Endeffekt nicht in der Lage sind - weil sie es gar nicht mehr können - ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wie erhalten Sie die Ansprache? Denn das ist für mich eine Strategie der Praxis - wie kommt man wirklich an die Familien heran? Wir haben schon sehr viel auf den Weg gebracht - aber zum Teil erreichen wir die Familien nicht. Es wäre mir sehr wichtig, den Fokus nicht nur auf Geldleistungen zu legen, denn im europäischen Kontext sind wir das Land mit den meisten Geldleistungen, so dass diese nicht das Kriterium allein sein können, sondern es muss eine Mischung aus Geldleistungen und Infrastrukturleistungen sein. Deswegen wäre es für mich wichtig zu hören, wie Sie tatsächlich den Zugang bekommen

Noch eine kurze Frage an Frau Schutter. Meine Ohren klingeln, wenn ich höre, dass die Zahlungsmoral der Väter nicht zum Besten ist. Wir haben die Unterhaltsrechtsreform auf den Weg gebracht, mit der auch der Wert der Kinder schon etwas verbessert wird. Was schlagen Sie vor - eine Motivation der nichtzahlenden Väter zu erreichen, halte ich für sehr schwierig. Haben Sie darüber hinaus eine Forderung, einen Sanktionskatalog oder sonst etwas, das Sie sich vorstellen könnten? Denn das Problem liegt darin, dass der Unterhaltsvorschuss bis zum 12. Lebensjahr geht. Dann werden die Kosten erst richtig hoch und die Leistung hört dann auf. Wo sehen Sie ggf. noch einen Lösungsansatz?

Vorsitzende: Ich würde sagen, wir beenden erst die Fragenrunde und machen dann eine Antwortrunde. Dann hat jetzt Marlene Rupprecht das Wort.

Abg. Marlene Rupprecht (SPD): Zum Thema Armut, und zwar Armut bei Kindern - ich habe immer etwas gegen den Begriff „Kinderarmut“. Dieser wird ganz schnell in den Bauch geholt und nicht in den Kopf, wo er hingehört. Kinder leben in Familien und die will ich auch nicht abschaffen, denn das ist die erste Sozialisationsinstanz und Familien haben eine große Verantwortung. Diese Verantwortung will ich nicht wegnehmen. Ich will stärken und alles was ich anbiete, soll dazu dienen, dass Eltern eigenverantwortlich das Leben für sich und ihre Kinder gestalten können. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Ich war deshalb auch etwas irritiert, als einige von Ihnen sehr stark den Fokus auf finanzielle und materielle Hilfen legten.

Wenn man vom Kind ausgeht - wir sind ja die Kinderkommission -, dann muss man am Wohlbefinden des Kindes ansetzen. Da gehört Materielles dazu, aber auch viel, viel mehr, denn sonst wäre jedes arme Kind kreuzunglücklich. Ich habe lange in der Obdachlosensiedlung gearbeitet und ich muss sagen, es waren glückliche Kinder, sie haben sich wohlfühlt, auch wenn manches nicht so positiv war. Dies ist sehr häufig eine Erwachsenenansicht. Sie haben eigentlich alle durchgängig gesagt: Lassen Sie sich doch darauf ein, etwas Neues zu denken. Ich bin zwar schon alt, aber ich bin ständig am Neudenken und muss aufpassen, dass ich andere nicht hinter mir lasse. Ich denke gerne neu.

Was ich von Ihnen wissen möchte, ist: Können Sie sich vorstellen, dass wir Strukturen schaffen, wo viele Bereiche, die wir heute als materielle und finanzielle Bereiche anschauen, überhaupt keine Rolle spielen, weil wir sie einfach haben? Was brauchen Kinder, damit die Eltern - die Erstverantwortlichen - unterstützt werden? Da gehört sicher Geld auch dazu - ohne das geht nichts. Wir können die Welt aber doch nicht ganz neu erfinden können - wir haben leider ein Grundgesetz mit Föderalismus und danach sind wir nicht für alles zuständig - manchmal Gott sei Dank, aber manchmal, im Bildungsbereich, auch leider.

Ich erlebe im Moment auf der einen Ebene einen ganz starken Aktionismus und wenn ich in die Bundesländer schaue, dann heißt es nur noch worst-case-Arbeit, d. h., wir gehen nur noch in die härtesten Familien, es entstehen keine Strukturen.

Wir haben in Deutschland Straßenverkehrswege für die Teilhabe durch Mobilität. Kein Mensch würde infrage stellen, dass dafür jemand auf Bundesebene, Landesebene und auf Gemeinde- und Kreisebene zuständig ist. Es gilt, eine Infrastrukturpolitik für Kinder und Familien zu machen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg und da würde ich gerne mit Ihnen hingehen, denn wir sind anders als die anderen Ausschüsse. Wir dürfen auch neue Wege gehen. Infrastrukturpolitik - da sind jetzt einige Punkte angesprochen worden, da würde ich gerne noch einmal nachhaken: Wo würden Sie die wichtigsten Elemente einer Infrastrukturpolitik sehen? Nehmen Sie ruhig den Straßenbau, weil dort niemand ins Nirgendwo plant und niemand x Anträge stellen muss, sondern die Mehrheit der Bevölkerung die Straßen nutzt, ohne zu fragen, ohne Genehmigungen einzuholen. Sie kann sie nutzen, nur bei Schwertransporten wird eine Sonderleistung erforderlich. Es wird mal abgesperrt oder man baut eine Brücke - aber ansonsten sind sie frei zugänglich. Welches wären die wichtigsten Elemente einer Infrastrukturpolitik in der Kommune, in der Lebenswelt, im Sozialraum, aber auch auf Länder- und Bundesebene? Und zwar von minus neun Monaten, denn da beginnen die Kinder zu wachsen, bis zum 27. Lebensjahr nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wenn uns das gelingt, dann haben wir eine Chance, dann ist das Finanzielle ein Element. Es hat jetzt ein sehr starkes Gewicht bekommen - es ist auch sehr wichtig, denn: „Ohne Moos nix los!“ Als Schwäbin weiß ich, dass man Geld braucht zum Leben. Aber man reduziert als Erwachsener sehr stark hierauf - Kinder brauchen mehr. Ich bin dabei, mir gerade ein Infrastrukturmodell zu erstellen.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Miriam Gruß, bitte.

Abg. Miriam Gruß (FDP): Vielen Dank. Ich habe ein paar konkrete Fragen, möchte aber auch zwei, drei Bemerkungen machen. Frau Berg, Ihr Vortrag hat mir sehr gut gefallen. Ich finde, es ist ein sehr, sehr schönes Beispiel und an Sie habe ich auch konkret drei Fragen: Sie sprachen ganz global von der Unterstützung der Eltern. Vielleicht können Sie darauf noch konkreter eingehen. Wie funktioniert das? Denn ich glaube, wir kennen alle das Phänomen: Diejenigen, die interessiert sind und wollen, nehmen die Angebote an. Sie gaben auch schon das Stichwort. Auch Hilfe ist wichtig, da bin ich absolut bei Ihnen, aber wie machen Sie das konkret vor Ort? In welchem Umfang findet die Qualifizierung der Fachkräfte statt? Wir haben alle auch mitbekommen, dass es in Deutschland beim pädagogischen Personal in der Tagespfle-

ge ganz erhebliche Unterschiede gibt. Da würde mich einfach interessieren: Sind Sie da auch so vorbildlich oder wie und in welchem Umfang funktioniert die Qualifizierung der Fachkräfte? Vielleicht habe ich es nicht mitbekommen, aber dies ist ein Aspekt, der mich sehr interessiert: Sie sprachen von der Erhöhung der Prozentzahlen für die U-Untersuchungen von 75 - glaube ich - auf 95 Prozent. Wenn Sie einfach noch einmal sagen könnten, wie Sie es konkret erreicht haben, die U-Untersuchungen zu erhöhen.

Das war mein Frageteil und dann gestatten Sie mir kurz auch zwei, drei Bemerkungen. Also ich glaube, dass wir in einigen Punkten auch Konsens haben, aber in manchen Punkten habe ich schon andere Auffassungen. Ganz grundsätzlich stelle ich fest, dass wir in Deutschland den Menschen zunächst sehr viel Geld wegnehmen. Dann schicken wir es durch eine gigantische Umverteilungsmaschinerie und wollen es wieder ausgeben - gerne groß gönnerhaft, entweder in Form von Elterngeld oder Betreuungsgeld - und jetzt kommen Sie mit dem Beispiel der Grundsicherung. Warum lassen wir den Menschen nicht von vornherein mehr Geld? Das hat mir leider bei allen im Ansatz gefehlt. Warum nehmen wir es ihnen erst einmal weg - über erhöhte Steuern, erhöhte Abgaben - und geben es ihnen dann großartig wieder und glauben, jetzt haben wir das Mittel gefunden? Es gab in einigen Punkten den Ansatz - ganz leise habe ich ihn gehört - zu sagen, wir müssen die Familien stärken. In der Tat: Wir rufen so oft nach dem Staat, aber letzten Endes sind es die Familien, die in der Verantwortung sind. Ich helfe gern jedem Kind und kein Kind kann etwas dafür, dass es arm ist und die Familien sind wirklich diejenigen, die am ehesten in die Bedürftigkeit abrutschen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass es genauso viele gibt, die sich vielleicht ihrer Verantwortung gar nicht so bewusst sind und deswegen ist es ganz wichtig, auch wirklich bei den Eltern anzusetzen und ihnen zu sagen, dass Erziehung wichtig ist. Der Wert der Erziehung muss in Deutschland wieder anders wertgeschätzt werden und eine andere Anerkennung finden.

Herr Prof. Dr. Lutz, Sie haben gesagt: „Nichts wird gut, wenn man nur Geld gibt.“ Das war Ihr Zitat, glaube ich.

Herr Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Das war ironisch gemeint!

Abg. Miriam Gruß (FDP): Das habe ich dann nämlich nicht verstanden, weil Sie auch für die Grundsicherung plädieren - eine kurze Frage, wie Sie das erklären. Sie haben davon gesprochen: Familien sind nicht mehr in der Lage dazu. Ich glaube, dass wir da schon differenziert argumentieren und sagen müssen: Es gibt sicherlich einige Eltern, die nicht mehr in der Lage sind, aber wir müssen auch konzertieren, dass ein großer Teil der Elternschaft tatsächlich nach wie vor in der Lage ist. Das ist mir wichtig, hier klarzustellen, dass wir nicht alle Familien über einen Kamm scheren und sagen: Alle können nicht, alle wollen nicht, sondern ein Großteil kann es und diejenigen, die tatsächlich nicht können, denen müssen wir und sollen wir natürlich unter die Arme greifen.

Noch ein Missverständnis muss an der Stelle aufgeklärt werden: das Thema Finanzkrise. Wir haben einen Schirm zur Verfügung gestellt. Wir haben nicht das Geld ausbezahlt, weder an die Unternehmen noch an die Manager. Auch das ist an der Stelle fürs Protokoll ganz wichtig - wir haben einen Schirm zur Verfügung gestellt und deswegen kann man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen und sagen, wir haben auf der einen Seite Geld zur Verfügung gestellt und auf der anderen Seite haben wir kein Geld übrig, um 350 oder 400 Euro an Grundsicherung zu zahlen. Wir müssen uns auch bewusst werden: Jedes Kind, das heutzutage in Deutschland geboren wird, kommt mit einem Schuldenberg von 18.000 Euro zur Welt. Jedes Geld, das wir jetzt den Familien vermeintlich gut geben, nehmen wir der nächsten Generation wieder. Wir müssen uns als Politikerinnen und Politiker bewusst werden, dass wir auch dafür Verantwortung tragen und dass wir den Schuldenberg nicht einfach auftürmen und aufbauen können, weil wir auch wollen, dass es unseren Kindern, unseren Enkeln und Urenkeln gut geht. Deswegen ist es mir an der Stelle ganz persönlich wichtig, noch einmal zu sagen - und Sie haben es gesagt: „Es braucht Mut.“ Es braucht auch einmal Mut, diese Debatte in diese Richtung zu führen und zu sagen, wir wollen nicht den neuen Schuldenberg aufbauen. Deswegen müssen wir uns ganz konkret überlegen, wie und für was wir das Geld ausgeben und nachhaltig - nicht dass es jetzt nur für eine Generation verpufft und die nächsten Generationen müssen dann darunter leiden.

Vorsitzende: Dankeschön Miriam. Es hat das Wort Ekin Deligöz.

Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich fange mit einer Frage an Herrn Prof. Dr. Lutz oder auch an Frau Berg an. In der Politik führen wir diese Armutsdebatte seit dem Jugendhilfebericht 98 sehr intensiv und seitdem sind schon ein paar Jahre vergangen. Es gab auch ein paar Ansätze. Der Kinderzuschlag war eine solche Antwort. Das Recht auf Kinderbetreuung, die Kindergartendebatte, Ganztagskindergarten, Ganztagschulen sind einige der vielfältigen Antworten auf der Bundesebene gewesen, aber auch das Programm „Entwicklung und Chancen“, das jetzt leider ausläuft oder die „Soziale Stadt“. Das waren die Ideen hierzu. Wie betrachten Sie die Entwicklung in den vergangenen Jahren? Haben diese Sachen ein Stück weit gewirkt? Kann man sagen, dass es gewirkt hat oder haben wir falsch agiert oder zu wenig getan? Das würde mich sehr interessieren, denn es gibt zahlreiche Programme von der EU-Ebene und Bundesebene. Haben sich die Formen von Armut geändert? Hat sich da etwas getan? Wir reden über den Armutsbereich, insbesondere im Zusammenspiel mit ALG II, aber ich rede jetzt vor allem über den Bereich der verdeckten Armut. Was verbirgt sich dahinter? Ist das primär, so wie Sie gesagt haben, die Form der „vererbten“ Armut, die auch mit Bildungsarmut zusammenhängt? Gibt es einen Wandel in der Armutsbegriffsentwicklung? Haben Sie dazu neue Erkenntnisse? Dies würde mich sehr interessieren. Ich frage das insbesondere deshalb, weil wir alle wissen, dass wir zwar weniger Arbeitslosigkeit haben, aber der Bereich der „Working poor“ - um diesen Begriff zu verwenden -, d. h. der gering verdienenden Haushalte, zugenommen hat. Gibt es da einen Wandel und heißt das für uns auch, dass wir womöglich noch über eine dritte Sparte der Armutsbekämpfung nachdenken müssen - was auch immer diese sein mag -, weil wir immer einerseits von der materiellen Existenzsicherung und andererseits vom Angebot der Infrastruktur ausgehen? Wie erreichen wir die Menschen, die wir bisher nicht erreicht haben? Was sind die Anforderungen? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage bezieht sich auf das, was Frau König oder auch Frau von zur Gathen gesagt haben, auf die Kindergrundsicherung. Auch wir in der Bundestagsfraktion der Grünen arbeiten zurzeit mit Hochtouren an einem Kindergrundsicherungskonzept und ich kann Ihnen als Fachpolitikerin meiner Fraktion zu unserer Begründung sagen, dass das jetzige Familienfinanzierungssystem - ALG II, Kindergeld, Freibeträge - eine gewisse soziale Ungerechtigkeit hat. Jemand, der keine Steuern zahlt, und das sind die Leute, über die wir reden, dem bringen auch Steuerentlastungen nichts, weil er nichts absetzen kann. Deshalb finde ich, dass wir schon darüber

nachdenken müssen, wie wir die bestehende Ungerechtigkeit überwinden können. Denn alles, was wir in dieses System hineinpacken - Erhöhung des Kindergeldes oder Erhöhung der ALG II-Beträge - kann man zwar fordern, aber sie manifestieren letztendlich die Ungerechtigkeit. Denn sobald Sie die ALG II-Sätze erhöhen, erhöhen Sie automatisch den Freibetrag. Damit bekommen wieder die Einkommen über 60.000 Euro verhältnismäßig mehr als die ALG II-Bezieher. Erhöht man das Kindergeld, gehen die ALG II-Empfänger leer aus, aber die Freibeträge werden wieder angepasst, also bekommen diese wieder mehr. Diese soziale Ungerechtigkeit wird manifestiert, solange wir im System bleiben - also müssen wir heraus aus dem System und nicht neues Geld in die Hand nehmen. Das ist meine Frage: Teilen Sie mit mir diese Meinung - gibt es bei Ihnen auch so eine Überlegung? Meine Überlegung ist: Es geht nicht darum, jetzt neues Geld hineinzupacken - zumindest nicht in unüberschaubaren Dimensionen. Einen gewissen Umfang von Geld müssen wir in die Hand nehmen, weil der Existenzminimumsbericht anliegt und alles sehr gering gemessen ist - aber nicht 100 Milliarden oder 10 Milliarden, sondern wir reden über eine Anpassung. Es muss darum gehen, die bestehenden Leistungen zu effektivieren, d. h. ein Stück weit umzuverteilen, und Umverteilung heißt natürlich auch immer, dass es dann Leute geben wird, die draufzahlen und Leute, die davon profitieren. Gehen auch Sie in Ihren Überlegungen in Richtung Effektivierung und Umverteilung der Mittel. Oder gehen bei Ihnen die Ideen eher dahin zu sagen, wir behalten das System und packen etwas obendrauf? In welche Richtung gehen bei Ihnen die Tendenzen?

Vorsitzende: Vielen Dank Ekin. Jetzt würde ich mich kurz mit meinen Fragen anschließen und dann meine Kolleginnen und Kollegen fragen, ob dort auch Fragebedarf besteht. Ich möchte zu Beginn feststellen, dass ich bei Ihnen allen sowohl aus den schriftlichen Einlassungen als auch aus Ihren Statements - mehr oder weniger stark betont - herausgehört habe, dass Sie von einem Ausspielen der Geldleistungen gegen Infrastruktur abraten bzw. dies verhindern wollen. Sie sagen vielmehr, dass Beides notwendig ist. Auf der einen Seite entsprechen die Geldleistungen nicht dem, was Kinder wirklich brauchen - und das ist die Frage, von der wir uns auch leiten lassen wollen: Was braucht ein Kind? Auf der anderen Seite muss die Infrastruktur gefördert werden. Eine von Ihnen hatte das so wunderbar plastisch dargestellt - Frau König war es, die gesagt hat: „Man kann nicht das Eine machen und das Andere lassen, weil es sonst ohne Effekt bleibt.“ Wir sind uns in dieser Abwägung relativ einig, dass wir zweigleisig fahren müssen, dass wir in beiden Bereichen - sowohl der Geld-

leistung als auch der Infrastruktur - Handlungsbedarf sehen. Bei der Frage, wie weit dieser reicht, sind wir unterschiedlicher Auffassung. Aber - wie vorhin schon gesagt - wir werden in der Kinderkommission versuchen, hier Kompromisslinien aufzuzeigen.

Jetzt zu meinen Fragen: Ich habe eine Frage an Frau König und an Frau von zur Gathen, weil ich glaube, in Ihren Ausführungen einen Unterschied festgestellt zu haben. Es geht mir konkret - ich mache das jetzt an der Seitenzahl fest - um das Papier von Frau König. Dort sagen Sie auf Seite 3 in Ihrer Antwort auf unsere Frage 5, dass die Regelsätze für Kinder und Erwachsene im SGB II existenzsichernd sein müssen, dass Sie aber Bildungsbedarf, Gesundheitskosten und medizinische Versorgung generell durch das Bildungs- und Gesundheitssystem und nicht durch den Regelsatz abgedeckt sehen wollen. Ich glaube, hier eine Differenz festzustellen. Sollte das nicht der Fall sein, würde ich Sie beide bitten, aufzuklären, inwieweit das wirklich Bedarfe sind, die sich im Regelsatz niederschlagen sollten bzw. durch anderweitige Leistungen abzudecken sind.

Dann habe ich eine Frage an Prof. Dr. Lutz. Sie haben in Ihrem schriftlichen Statement die verschiedenen Ansätze, die Sie auf den politischen Ebenen sehen würden, wunderbar aufgelistet. Ich halte mich an unseren Hausaufgaben fest - also an den Aufgaben für den Bund, und zwar an Ihren Punkt 3 und 4. Sie fordern oder schlagen Initiativen zur Einführung eines Case-Managements zum Aufbau und zur Verbesserung aufsuchender Hilfen vor. Da würde ich mir wünschen, dass Sie das ein bisschen untersetzen, was ich mir konkret für den Bund darunter vorstellen kann, wie der Bund das leisten kann, weil ich es bisher so verstehe, dass es Aufgaben sind, die vor allem von der Kommune zu leisten sind. Inwieweit kann der Bund das unterstützen? Es würde mich interessieren, wie Sie das einschätzen.

Auch zu der Frage 4 habe ich eine Nachfrage: Sie schlagen die Weiterentwicklung und Erweiterung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen um den Aspekt der Armutsprävention vor. Mit welchen konkreten Aufgaben sollte das Zentrum aus Ihrer Sicht erweitert werden? Was stellen Sie sich genau vor, was dort geleistet werden kann? Denn das wäre dann auch eine Aufgabe für uns - wenn wir das in die Stellungnahme der Kinderkommission aufnehmen wollen -, genau zu sagen, was wir uns darunter vorstellen. Welchen Arbeitsumfang würde das dann auch bedeuten? Das muss man

irgendwie abschätzen können. Welche Verpflichtungen hängen dann auch für uns daran? Das würde mich an Fragen interessieren.

Jetzt noch einmal der Blick zu unseren Kolleginnen und Kollegen. Gibt es Fragen von Euch? Vielleicht in der zweiten Fragerunde? Ganz kurz: Herr Wunderlich, bitte schön.

Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.): Als Stellvertreter der Kiko oder als stellvertretendes Mitglied der Kinderkommssion, auch als Kommunalpolitiker zu Mo.Ki: Frau Noll hat schon gefragt, gibt es irgendwelche Zahlenstatistiken? Insbesondere würde mich auch interessieren, inwieweit das Ganze haushaltstechnisch aufgetreten ist? Ist das eine übermäßige Belastung des kommunalen Haushalts geworden? Im übrigen möchte ich bei den Antworten - auch bei den Fragen - als „Mann dieser Runde“ zu bedenken geben: Infrastrukturpolitik für Familien - es bringt nichts, Autobahnen zu bauen, wenn die Leute kein Geld haben, sich Autos zu kaufen.

Das ist das Eine und an Miriam gerichtet, dass man unter uns Politikerinnen und Politikern andere Meinungen hat, das ist klar. Aber um dort Lösungen zu finden, wo wir als Politiker unterschiedlicher Meinung sind, haben wir die Sachverständigen hier und jetzt ist die Frage, inwieweit wir deren Sachverstand in die politischen Entscheidungen einfließen lassen.

Vorsitzende: Danke für diese Klarstellung. Wollen wir die Antwortrunde wie in der vorherigen Reihenfolge machen? Okay, Sie haben sich jetzt darauf eingerichtet. Wir haben mit ein paar Minuten Verzögerung angefangen. Insofern sind wir noch wunderbar im Zeitplan und Dr. Adamy hat das Wort.

Herr Dr. Wilhelm Adamy (DGB): Ich würde gerne bei Frau Gruss anfangen. Mir geht es nicht nur darum, dass es meinen Kindern besser geht, sondern allen Kindern. Und da bin ich dann bei der Frage der Verteilung und welche Entscheidungen getroffen werden. Um es salopp zu sagen und um nur einen kleinen Bereich herauszugreifen: Wenn meine Frau einen Minijob ausübt, dann ist das steuer- und sozialabgabenfrei. Ergreift eine alleinerziehende Frau, die auf Hartz IV angewiesen ist, weil sie keine Alternativen hat, diesen Notnagel, dann werden ihr die 400 Euro weitgehend angerechnet. Anhand eines solchen Beispiels will ich deutlich machen, welche

Umverteilungswirkungen wir haben. Beim Ehegattensplitting wissen wir, wer davon begünstigt wird.

Ich greife jetzt einen anderen Bereich heraus: Wir wissen, dass wir alleine für voll-erwerbstätige Hartz IV-Empfänger die Löhne durch Steuern um 1,4 bis 2 Milliarden Euro pro Jahr aufstocken müssen. Das zeigt doch, welche Umverteilungseffekte da sind und welche Rückwirkungen es auf Kinder hat, wenn sich die Eltern bemühen, leistungsbereit sind und dennoch aus dem Hartz IV-System nicht herauskommen können. Von daher sollten wir ehrlich miteinander diskutieren und fragen: Wo gibt es eine falsche Umverteilung und wo ist sie problematisch? Und nicht sagen: Wir wollen, dass alle mehr Geld haben. Ich glaube, Sie und ich, wir haben genug.

Ich will es auf den Punkt bringen: Wenn wir hier von Armut reden, dann geht es auch darum, gesellschaftliche Ressourcen bereitzustellen - egal, wofür sie verwendet werden. Das setzt voraus, dass wir jedenfalls bei den Armen keinesfalls etwas wegnehmen dürfen, sondern wir müssen sehen, wie die Gesellschaft in anderer Art und Weise Unterstützung bereitstellen kann und muss. Auf der anderen Seite teile ich die Einschätzung, dass wir in erster Linie strukturelle Veränderungen durchsetzen müssen.

Ich glaube, dass heute im Bundestag noch der Existenzminimumsbericht diskutiert wird. Da wird an den Zahlen gedreht und geschraubt, damit man - wenn ich es so offen formulieren darf - den Grundfreibetrag, den steuerlichen Freibetrag, nicht auf das Existenzminimum anheben muss. Obwohl das Bundesverfassungsgericht dies vorgeschrieben hat. Aber wir führen allgemein nur eine Diskussion darüber, mehr netto für brutto, und dann frage ich: Für wen? Das ist doch die entscheidende Fragestellung! Diese Diskussion führen wir nicht, weil allzu häufig Umverteilungsaspekte damit gemeint sind. An Frau Rupprecht hätte ich das gesagt: Strukturelle Veränderungen - ja. Nehmen Sie es ernster mit dem Existenzminimumsbericht und der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums.

Es sind schon einige Vorschläge gemacht oder erwähnt worden, wie sich der DGB dazu aufstellt, dass es längerfristig eine Kindergrundsicherung gibt. Ich sage einfach nur: Das Bundesarbeitsministerium hat gesagt, dass der Eckregelsatz in den letzten Jahren nicht der Inflationsrate angepasst worden ist. Das sind nur kleine Dinge. Ich

glaube allerdings, dass wir Familien und Kinder nicht trennen können und deswegen sind wir in ganz entscheidendem Maße bei der Frage der Erwerbstätigkeit, und dann frage ich: Wieso haben Sie Gesetze beschlossen, dass Arbeitnehmer zu einer Vollerwerbstätigkeit gezwungen werden können, die nicht existenzsichernd ist? Wer Armut verhindern will, sollte Eltern mit Kindern nicht dazu zwingen, eine Vollerwerbstätigkeit anzunehmen, die nicht aus der Armut herausführt. Wenn sie freiwillig erfolgt, ist das etwas anderes.

Sie haben im Rahmen der Hartz IV-Gesetze strukturelle Veränderungen beschlossen. Dann kommt man nämlich an den Kern und ist nicht nur bei ein paar Bereichen, zu denen man sagt: Wir machen noch einmal ein kleines Programm. Dann kann man über andere Aspekte diskutieren. Sie sprechen davon, dass im Rahmen des Hartz IV-Systems alle Säulen aktiviert werden sollen. Was ist mit traumatisierten Frauen, die im Hartz IV-System sind? Wie wird mit denen umgegangen und inwieweit hilft eine kurzfristige Aktivierung einer Alleinerziehenden, um sie wieder auf stabile Beine zu stellen? Da sage ich: Hier greift das von Ihnen beschlossene Gesetz viel zu kurz - hier wünsche ich mir ganz kurzfristig strukturelle Veränderungen. Ich bin der Auffassung, dass Hartz IV in der Kombination mit sinkenden Reallöhnen zu einer massiven Verschärfung und Verfestigung von Armut geführt hat. Von einigen ist es ja erwünscht, dass die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten an der Lohnfront nicht mehr so sind wie in den vergangenen Jahren - aber die negativen Konsequenzen davon sehen wir.

Oder ich greife andere Bereiche heraus. Die Frage der Bildung ist groß thematisiert worden. Ich frage mich, warum es nicht gelungen ist - beispielsweise an Monheim orientiert -, dass sich Bund, Länder und Kommunen zu solchen Präventionsketten verpflichtet haben? Warum haben wir keine Ketten zwischen den Schulen? Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule - warum gibt es hier nichts, warum findet kein automatischer Übergang statt? Warum funktioniert es nicht zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen? Inwieweit bemühen sich weiterführende Schulen oder Gymnasien, auch Kinder aus sozial schwachen Familien über andere Lernformen letztendlich fit zu machen? Oder geht es nach dem Motto: „Du musst es direkt können und das ist nicht meine Aufgabe.“ Man reduziert sich weitgehend darauf, Fachwissen zu vermitteln, ohne die Kinder pädagogisch mitzunehmen.

Warum funktioniert es nicht im Hartz IV-System? Sie haben die Hartz IV-Gesetze beschlossen, damit arbeitsmarktpolitische Hilfen und soziale Integrationshilfen besser zusammen kommen - nur wenn beide zusammenwirken, wird den Menschen geholfen. Die Praxis sieht aber so aus, dass Sie keine Strukturen dafür geschaffen haben und meine Sorge ist, dass Sie mit der Neuorganisation von Hartz IV auch keine schaffen. Es funktioniert doch nur, wenn „die Chemie“ zwischen Stadt und Arbeitsagentur gut ist. Aber ein Gesetz für 7 Millionen Menschen, das nur gut funktioniert, wenn „die Chemie“ zwischen zwei Menschen funktioniert, hat für mich keine sozialstaatliche Struktur, die den Benachteiligten hilft. Wenn Sie mit Hartz IV in erster Linie auf Aktivierung setzen, fördert das auch die Selektion im System: Dass man sich denjenigen zuwendet, die relativ schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Allein wenn man sich der Politik der Länder zuwendet...

Vorsitzende: Sie bekommen ja noch einmal das Wort!

Herr Dr. Wilhelm Adamy (DGB): Aber einen letzten Punkt. Es ist die Frage, inwieweit wir wirklich eine Politik machen, so dass wir sagen, wir stellen sicher, dass jede junge Frau, die auf Hartz IV angewiesen ist, einen Schulabschluss und eine Ausbildung bekommt. Wir stellen durch gemeinsame Aktivitäten sicher - auch wenn das noch nicht die Lösung ist oder möglicherweise das Rollenverhalten sich damit überhaupt nicht ändert - und sagen: Wir garantieren, dass in jeder Hartz IV-Familie zumindest eine Vollerwerbstätigkeit da ist. Derartige Programme sind relativ kurzfristig. Sie haben ausreichende kurzfristige Möglichkeiten, um zu zeigen, dass Sie ernsthafter als bisher gemeinsam mit Ihren Kollegen dieses eklatante Problem in unserer Gesellschaft angehen.

Vorsitzende: Dankeschön. Jetzt hat Frau Berg das Wort. Bitteschön.

Frau Annette Berg (Jugendamt Monheim am Rhein): Frau Vorsitzende, ich versuche die Fragen der Reihe nach zu beantworten. Ich hoffe, ich habe alle erfasst, die an mich gerichtet wurden. Zunächst Frau Noll: Sie haben mich gefragt, ob wir statistische Beweise zur Wirkung vom Mo.Ki haben und wie wir den Zugang der Familien - insbesondere der Alleinerziehenden und der Migranten - zu unseren Angeboten sichern. Dazu würde ich ganz gern noch einmal auf den Anfang von Mo.Ki verweisen.

Im Prinzip ist das Ganze aus einer haushalterischen Not heraus entstanden. Ein bisschen ist es auch eine Antwort auf Ihre Frage (an Abg. Jörn Wunderlich gerichtet).

Wir haben im Jahr 2002 im Bereich der Hilfen zur Erziehung einen sehr starken Anstieg verzeichnet. Das kann natürlich große Auswirkungen auf den Haushalt einer Kommune haben, wenn es eine unlenkbare oder schiere Ohnmacht gibt, wenn immer mehr Fälle kommen, die sich ungefähr mit 4.000 bis 5.000 Euro pro Fall pro Monat berechnen lassen. Dann kann man entsprechend hochrechnen, wie sehr das den Haushalt belastet, und Monheim am Rhein ist lange Zeit Haushaltssicherungskommune und auch zwischenzeitlich Nothaushaltskommune gewesen, so dass wir Überprüfungen als notwendig angesehen haben. Wir haben damals festgestellt, dass es vorwiegend Familien im Drittmittelbezug, Leistungsempfänger waren. Dadurch ist im Prinzip dieses Umdenken entstanden - nämlich Familien anders zu fördern, um dieses Abgleiten in schwierigen Situationen für Kinder und Jugendliche zu verhindern. Das ist für uns ein ganz großer Indikator, dass dieser Trend durch das Programm „Monheim für Kinder“ aufgehalten wurde.

Unsere Bemühungen müssen dahingehend wirken, dass bereits bei einer kleinen Krise geholfen wird. Denn in jedem Fall, den wir damals analysiert haben, konnten wir feststellen, dass die Kinder, die mit 14 in die Heime mussten, schon mit zwei, drei oder vier Jahren oder in der Grundschule irgendwelche „Unebenheiten“ in der Entwicklung hatten, wo aber nichts passiert ist. Jetzt geben wir unsere Instrumente der Jugendhilfestruktur in die Einrichtungen - in die Kindertagesstätten, in die Schulen, in die Vereine, ins Jugendamt - und sagen: „Wenn da Fragen sind, sind wir da!“ Wir beantworten Fragen, bevor sie entstehen und setzen in die Struktur. Hier sind wir mittlerweile mit einem Rückgang von über 50 Prozent nachweislich im Erfolg. Das ist für uns die wichtigste Größe, auch das eben aufgeführte Verhältnis von stationären zu ambulanten Hilfen.

Wir haben viele Hilfen in Familien mit jungen Kindern - das ist für uns ein Indikator. Wir hatten das früher nicht und haben uns damals als Ziel gesetzt, sehr früh in Familien hineinwirken zu können. Wie erreichen wir die Familien? Die Kindertagesstätten und die Schulen mit Schulsozialarbeitern, die wir installiert haben, oder die Kinderkrippen oder das neue Angebot „Mo.Ki-Baby“ werden für uns zur ambulanten Hilfe. Das ist ein Beispiel, wie man Struktur verändern kann. Es war für uns damals wichtig

zu sagen: Kindertagesstätten werden mit einer relativ hohen Summe gefördert und dort befinden sich 100 Prozent der Kinder - eben auch diese Größe, dass 100 Prozent der Vierjährigen dort sein sollen - und damit sind 100 Prozent der Familien in Kindertagesstätten. Wenn ich die Erzieherinnen und die Mütter weiter qualifiziere und zusätzliche Unterstützung durch das System in die Einrichtung gebe und sie dahingehend ausbilde, Krisen zu erkennen, Krisen zu bewerkstelligen und damit durch die ambulante Hilfe „Kindertagesstätte“ sozusagen den Gang zum Jugendamt überflüssig mache - ich überzeichne das jetzt ein bisschen -, habe ich die Wirkung, dass ich später im bestmöglichen Fall keinen Fall habe oder nur eine kurze Begleitung installiere, wenn eine Krise entsteht. Das ist für uns eine wichtige Wirkungsgröße.

Die Gesundheitsversorgung ist durch die aktive Teilnahme der Erzieherinnen am Entwicklungsverlauf des einzelnen Kindes über das Programm „Ich geh’ zur U! Und Du?“ - übrigens ein Programm der Bundeszentrale für gesundheitlichen Aufklärung - zum Erfolg geworden. Wir haben noch andere Indikatoren, die für uns wichtig sind. Was ist mit der Sprachentwicklung der Kinder? Hier werden die einzelnen Übergangszeiträume statistisch mit Zahlen hinterlegt. Wie entwickelt sich die Sprachfähigkeit der Kinder von Jahr zu Jahr? Hier ist die enge Kooperation mit dem Gesundheitsamt oder den Gesundheitsdiensten erforderlich, um die Wirkung auch tatsächlich verfolgen zu können, und um zu sehen, wo sich Kinder vielleicht schlechter entwickeln, wo wir wieder rangehen müssen und wo wir Mitarbeiter anders qualifizieren müssen, um dann diesen Problemen möglicherweise gerecht zu werden.

Zu Ihrer Frage nach dem Zugang zu Familien: Der Erfolg ergibt sich daraus, dass die Familien in den Kindertagesstätten und in den Schulen sind und dass dieses „Abgeben“ von Kindern an der Haustür nicht mehr stattfindet. Die Kindertagesstätten sind zum Lebensort für Familien und Kinder geworden - die Schulen im Quartier ebenfalls. Da wollen wir hin. Wir sind auch relativ weit, um die Sichtweise der Lehrer - es gelingt uns nicht immer, aber es gelingt uns oft - auf das einzelne Kind zu stärken. Wir haben auch Sozialarbeiter an Grundschulen eingesetzt, um die Lehrerschaft darin zu unterstützen, hier Schule auch zu verändern. Der Leidensdruck ist groß - auch bei den Lehrern -, so dass auch eine Bereitschaft besteht. Diese könnte man in der Infrastruktur auch noch anders einsetzen, indem man überlegt, inwieweit Bildung auch sicherstellen kann, dass Kinder aus armen Familien in den Blick genommen werden und dafür eine wie auch immer geartete Richtung vorgibt.

Frau Gruss hatte mich gefragt: Unterstützung der Ansprache der Eltern. Ich denke, ich habe das eben in der Antwort für Frau Noll mit beantwortet. Die Qualifizierung der Fachkräfte in der Tagespflege - Tagespflege kann ein wichtiger Punkt sein, um Kontakt mit Familien zu bekommen. Die Tagespflegeperson muss auch Ansprechpartnerin für die Mutter im Bereich Erziehung sein und muss auch Dinge erkennen können. Hier setzen wir Mütterqualifizierung an. Wir haben hauptamtliches Personal, die hier die Qualifizierung bewerkstelligen, die Ausbildung mit Inhalten bestücken und die Tagespflegeperson mit aussuchen.

Erhöhung der U-Untersuchungen hatten Sie gefragt. Das hatte ich eben durch das Programm „Ich geh' zur U! Und Du?“ mitbeantwortet.

Sie, Frau Deligöz, hatten nach der Wirkung des Programms E&C gefragt. Das Programm E&C war für uns als Kommune - da spreche ich auch für andere Kommunen, die im Programm „Soziale Stadt“ gleichfalls von der Plattform E&C profitiert haben - sehr hilfreich, weil es sehr viele Themen angesprochen und für eine Qualifizierung der Jugendhilfe im Land gesorgt hat. Ich fand es zumindest sehr förderlich und es hat auch viele Impulse gegeben, andere Sichtweisen zu bemerken und zu entwickeln. Es ist sehr schade, dass das Programm nicht mehr weiterläuft.

Ich würde ganz gerne noch das Thema Belastung des Haushalts ansprechen, weil es natürlich immer eine spannende Frage ist, wie teuer Mo.Ki ist. Können Kommunen sich das leisten? Also: Die Stadt Monheim am Rhein als Nothaushalt oder Haushaltssicherungskommune hat es sich geleistet, ihr Geld umzulenken und durch Strukturveränderungen effektiver zu verwenden. Wir haben das natürlich nicht zum Nulltarif bekommen. Aber unser Kämmerer - der an dieser Stelle mit gelobt werden muss, der offen ist zu sagen, es wird sich langfristig im Bereich der Heimerziehung auswirken - hat das erkannt und war sehr schnell bereit, mitzuspielen und diese Ansätze mit zu unterstützen - aber nicht durch Geld, sondern durch Unterstützung im politischen Prozess. Wir haben Personal aus anderen Bereichen abgezogen und die Koordinatorin, Frau Nowak, dadurch freigestellt. Sie war vorher schon Mitarbeiterin und dafür wurde dann quasi eine kleine Haushaltsstelle gemacht. Es hat uns lange Zeit ungefähr 10.000 Euro als Haushaltsstelle gekostet, Personal hatten wir. Wir haben jetzt zusätzlich noch zwei Schulsozialarbeiter in Grundschulen eingestellt. Wir

sind bei maximal 60.000 Euro angekommen und wenn Sie das auf den Ertrag an Familienkontakten umrechnen, wäre es wohl ein ziemlich gutes Modell dafür, wie man sehr erfolgreich Jugendhilfe steuern kann.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau von zur Gathen, bitte.

Frau Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband): Frau Golze hat gefragt, ob es hinsichtlich der Infrastrukturmaßnahmen einen Widerspruch zwischen den Ausführungen meiner Kollegin, Frau König, und meinen Ausführungen gibt. Frau Rupprecht hat mich oder uns alle gefragt, welche Visionen wir eigentlich hätten, um auch die Infrastruktur entsprechend zu stärken. Und die letzte Frage war von Frau Deligöz dahingehend, wie wir eine Kindergrundsicherung aufbauen würden. Dann gehe ich mal der Reihe nach vor.

Zu Ihrer Frage: Einen Gegensatz zwischen der Position von Frau König und meiner Position gibt es nicht. Und zur Begründung kann ich auf Ihre Frage, Frau Rupprecht, antworten, wir haben uns die Regelsätze angeschaut. Wir haben es uns nicht so einfach gemacht zu sagen, wir brauchen jetzt eine Regelsatzerhöhung um die Summe X, sondern wir haben uns genau angeschaut, was kann an notwendiger Infrastruktur bereitgestellt werden und wie wirkt sich das reduzierend auch auf den Regelsatz aus. Wir bleiben ganz streng bei unserem Grundsatz: Wir brauchen ein „Sowohl als Auch“ und nicht ein „Entweder Oder“. An der Stelle haben wir gesehen, was wir öffentlich brauchen. Ich nenne nur ein paar Punkte: eine freie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs, Familienpässe, die zu stark verbilligten oder freiem oder limitiertem Eintritt in Museen, Kultur und Sportveranstaltungen berechtigen, bis hin zu Vereinbarungen mit Sportvereinen für die kostenlose Mitgliedschaft. Das alles sind für uns Maßnahmen, die noch zusätzlich zu dem Bereich Bildung und Betreuung zu gewährleisten sind und das wirkt sich dann auch auf die Regelsatzhöhen aus. Das stellt gleichzeitig auch einen Anreiz für die Kommunen dar, nämlich an der Stelle zu sagen: Gut, wir müssen dann zwar unter Umständen mit der BA verhandeln, wie sich das im einzelnen im Regelsatz abbildet, aber man kann da durchaus Anreize setzen.

Und die letzte Frage: Kindergrundsicherung oder ein existenzsicherndes Kindergeld? Ich will an der Stelle ein bisschen weiter ausholen und kurz skizzieren, wie das Kindergeld wirkt. Wenn wir uns die Einkommenssituation von Leuten anschauen, dann

haben wir Hartz IV-Empfänger, die vom Kindergeld gar nichts haben: Das Kindergeld wird zuerst auf den Bedarf des Kindes angerechnet und bleibt etwas übrig, dann wird es sogar noch auf den Bedarf der Eltern angerechnet. Das Kindergeld ist in diesem Bereich weg. Dann haben wir die Eltern, die etwas oberhalb liegen, die also aus dem Hartz IV-Bezug heraus sind. Da haben wir am Anfang 100 Prozent Förderung. Da haben wir also die gesamten 154 oder später dann 164 Euro, die als Förderleistung gegeben werden. Aber in dem Moment - und das ist bei 16.000 Euro relativ früh -, wo sie anfangen Steuern zu zahlen, sinkt der Förderbetrag und der Betrag, der ihnen eigentlich zurückgezahlt werden muss - weil das Existenzminimum eines Kindes nicht zu besteuern ist - erhöht sich. Bis dieser irgendwann so hoch wird, dass sie überhaupt keine Förderleistung mehr haben, und dann kommen wir irgendwann in den Bereich, wo sich der Kinderfreibetrag auswirkt. Wir haben im Grunde genommen eine Linie, die einen Kurvenverlauf hat und hinten die höchste Wirkung zeigt. Wir haben uns überlegt, wie man hier ein geschicktes System installieren kann, das eine entgegengesetzte Wirkung hat, das vorne die höchste Förderung hat - und zwar von Anfang an, von der ersten Situation an, also auch für die Leute, die keine Steuern zahlen bzw. über keine Einkommen verfügen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Da sind wir dazu übergegangen zu sagen, wir bräuchten ein existenzsicherndes Kindergeld. Das müsste in der Höhe sein, das sich aus dem gesamten Kinderfreibetrag errechnet. Das wären entweder die 484 Euro, die derzeit gelten bzw. perspektivisch wären das dann mit dem neuen Existenzminimum 506 Euro. Dann müsste man sich überlegen, dass man das der Einkommensteuer unterwirft. Allerdings muss am Ende noch die höchste Entlastung - das ist verfassungsrechtlich geboten - herauskommen, die durch die Ausnutzung des Kinderfreibetrags erreicht werden kann. Dann haben wir folgende Situation: Wir haben dort, wo die Leute den höchsten Bedarf haben, den höchsten Förderanteil und der geht dann sukzessive zurück bis zum Existenzminimum des Kindes, das nicht zu besteuern ist. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Das ist ein verfassungsrechtlicher Grundsatz. Daran würde niemand rütteln.

Ja, Frau Deligöz, wir würden viele Leistungen, die wir jetzt in den unterschiedlichen Systemen haben - Kinderzuschlag und das Kindergeld - in eine Kindergrundsicherung einfließen lassen.

Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das reicht nicht. Würden Sie z. B. den Unterhaltsvorschuss oder den Zuschuss zur Riesterrente oder den Alleinerziehendenzuschlag, würden Sie diese Leistungen auch darin aufgehen lassen?

Frau Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband): Man müsste sich im Einzelnen über jede einzelne Position verständigen. Aber das ist weit mehr, als ich eben genannt hatte. Selbstredend müssten dann noch andere Leistungen dazugenommen werden. Wir werden die Summe nicht ganz erreichen, aber insgesamt brauchen wir auch nicht 100 Milliarden, sondern wir brauchen wesentlich weniger.

Vorsitzende: Dankeschön. Frau König, bitte.

Frau Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.): Vielen Dank. Ich hoffe, dass ich auch alle Fragen richtig notiert habe. Ich fange direkt mit der Frage von Frau Golze an, Regelsätze sollen die Bildungs- und Gesundheitskosten enthalten. Dazu hat Frau von zur Gathen schon etwas gesagt. Uns geht es vor allen Dingen auch darum. Es stimmt natürlich, was die Kollegin sagt, dass sich das im Grunde nicht sehr unterscheidet bzw. beides notwendig ist. Mir geht es auch darum, dass bei den Gesundheitskosten alle Kinder davon profitieren, dass z. B. in Kindergärten, in Kindertagesstätten wieder Regeluntersuchungen des Gesundheitssystems eingeführt werden, wie es früher üblich war. Bei mir kam früher im Kindergarten der Zahnarzt, der Allgemeinarzt, und zwar nicht erst wenige Monate vor der Einschulung zur Schuluntersuchung, sondern es wurde kontinuierlich das Gesundheitssystem in die Kitas - wo fast 100 Prozent der Kinder sind - gebracht. Es geht nicht nur um die Kosten, sondern darum, für alle Kinder die Vorsorge zu sichern. Das steckt in unserer Antwort auch mit drin.

Dann will ich mit Frau Rupprecht weitermachen. Frau Rupprecht hat ja auch noch einmal von Visionen gesprochen, ist aber noch weitergegangen. Zunächst aber hat sie gesagt, dass aus ihrer Sicht bei den Sachverständigen der Fokus wieder etwas sehr auf das Geld, auf die monetären Transfers gelegt worden wäre. Das fand ich nicht! Ich fand, wir hatten uns ganz gut ergänzt. Ich habe in der Tat viel zu Geld gesagt - aber nur deshalb, um die 5 Minuten nicht zu überziehen und weil die anderen Kollegen viel zur Infrastruktur gesagt haben - die Kollegin mit der Präventionskette allen voran.

Es ist noch einmal deutlich geworden, dass wir beides brauchen. Natürlich ist die Infrastruktur genauso wichtig wie die finanzielle Hilfe. Ich möchte keine Unterschiede in der Gewichtung sehen. Zu der Vision, zu der Frage, ob wir uns vorstellen können, dass irgendwann mal eine Gesellschaft besteht, die finanzielle Hilfen gänzlich überflüssig macht - klar! Das ist aber eine Vision, die voraussetzt, dass wir in einem System leben, in dem sich jeder Mensch durch eigene Arbeit nicht nur existenzsichernd, sondern gut und einfach davon ernähren kann und wo es dann Systeme gibt, dass Hilfen nicht mehr notwendig sind. Aber auch dann gibt es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das aus irgendwelchen Gründen selbstständig nicht können, weil sie eine Behinderung haben oder weil sie andere zeitweilige, familiäre Verpflichtungen haben - die Pflege der Großmutter - und man für sie auch eine Absicherung schaffen muss. Letztlich ist es so, dass wir in dem Wirtschaftssystem, mit den Bedingungen, in denen wir hier und jetzt leben, einen starken Sozialstaat brauchen. Denn jede Schwächung des Sozialstaates hilft den Starken und schadet den Schwachen. Deswegen ist der Sozialstaat mit den finanziellen Hilfen so angelegt. Das finde ich auch überhaupt nicht ehrenrührig - dennoch noch einmal zur Infrastrukturpolitik.

Die Frage von Frau Rupprecht war: Was können wir uns da gesamtstrategisch vorstellen? Also zunächst muss überall Monheim sein! In jeder Kommune wünsche ich mir eine solche Politik. Das können die Kommunen, offensichtlich auch Kommunen im Haushaltssicherungskonzept - wenn man es politisch will und politisch durchsetzt, dann kann man das. Im übrigen finde ich, dass auch der Bund Anreize setzen kann. Hierzu ein Beispiel: Wir reden über flächendeckende Eltern-Kind-Zentren, über niedrigschwellige Bildung, niedrigschwellige Erreichung der Familien, z. B. über Eltern-Kind-Zentren, die aus den Kitas hervorgehen oder sich über die Kitas weiterentwickeln. Es gibt aber auf Bundesebene, das haben Sie alle durchgesetzt, das Modellprogramm „Mehrgenerationenhäuser“. Ich weiß, im Koalitionsvertrag war noch die Frage: Machen wir Eltern-Kind-Zentren oder Mehrgenerationenhäuser? Das Ergebnis kennen wir. Die neue Bundesfamilienministerin hat ihr Modell aus Niedersachsen, das Mehrgenerationenhaus-Modell durchgesetzt. Sie sagt aber selbst, dass es kein Programm zur Bekämpfung von Armut, von Familienarmut ist. Es ist ein Programm, das sich an mittlere Schichten richtet, weil es sehr viel auf Stärkung des Ehrenamtes setzt usw. Diese „erschöpften“ Familien, um mit meinem Nachbarn zu sprechen, werden nicht in ein Mehrgenerationenhaus gehen. Das ist viel zu

hochschwellig. Das ist nicht professionell genug usw. Deswegen: Warum kann man von der Bundesseite nicht auch etwas mehr Anreize bieten, vor Ort eine solche Präventionskette einzurichten?

Zum Thema „Föderalismus abschaffen“ - es würde schon reichen, die Bildungshoheit dem Bund zu übertragen und sie den Ländern wegzunehmen. Das wäre natürlich ideal - Thema Vision -, aber die Länder müssen endlich dazu kommen - das ist der wichtigste Schritt bei den Schulen -, das dreigliedrige Schulsystem, das sehr selektiert, zu überwinden. Es gibt einige Länder wie Berlin, die Modellprojekte durchführen. Es gibt Ansätze aus der Sozialdemokratie - Haupt- und Realschule zusammenzulegen ist ein erster Schritt. Da muss man einfach hin. Denn wir wissen alle durch viele, viele Studien und Erfahrungen, dass Kinder aus armen Familien, insbesondere aus Migrantenfamilien - bei diesen ist es übrigens egal, ob sie arm sind oder nicht - viel häufiger Hauptschulzuweisungen bekommen als andere Kinder.

Dann zu Frau Gruß. Frau Gruß hat davon gesprochen, dass z. B. eine Kindergrundsicherung nicht auf Kosten der nachfolgenden Generation erfolgen darf. Frau Gruß ist jetzt nicht im Raum?

Dann mache ich mit Frau Deligöz weiter und vielleicht ist Frau Gruß dann wieder im Raum. Frau Deligöz hat gefragt, wie eine Kindergrundsicherung finanziert werden kann - ob es reicht, die vorhandenen Mittel, die wir jetzt einsetzen, umzuschichten? Ich glaube, dass die Umschichtung nicht ganz reicht. Natürlich kommt es immer darauf an, wie hoch eine solche Grundsicherung sein soll, wie man sie rechnet. Wir können ungefähr 70 bis 80 Prozent dieser Kosten dadurch decken, dass wir die jetzigen Leistungen - Sozialgeld, Kinderzuschlag usw. - umschichten und in eine allgemeine Leistung geben und diese der Steuer unterwerfen, d. h., es kommt hier auch noch ein Rückfluss dazu. Es bleiben Nettokosten übrig, die wesentlich niedriger sind - aber diese Nettokosten muss man auch finanzieren. Da muss man ehrlich bleiben und da habe ich eben Stichworte genannt.

Ich wollte zu Frau Gruss kommen: Ich habe nicht gesagt, dass dies durch Schulden zu finanzieren ist, sondern durch andere Steuereinnahmen oder andere Steuermodelle. Ich habe z. B. die Vermögensteuer genannt, die die wohlhabenderen Schichten innerhalb derselben Generation trifft. Sie trifft nicht die Nachfolgegeneration. Es

geht um mehr Gerechtigkeit innerhalb der Generation. Ich habe auch das Ehegattensplitting genannt. Auch diese kommt zurzeit vor allen Dingen gutverdienenden Familien - egal, ob Kinder da sind oder nicht - zugute. Auch da würde man innerhalb der Generation den Leuten etwas wegnehmen und nicht durch Überschulden finanzieren. Das hat - glaube ich - niemand hier behauptet. Dass es ggf. Ihrer Fraktion nicht ganz so gefällt, wenn wir den oberen Einkommen innerhalb der Generation etwas wegnehmen, das kann ich nachvollziehen. Aber genau darum geht es. Dann muss man darum streiten. Danke.

Vorsitzende: Dankeschön. Prof. Dr. Lutz hat das Wort.

Herr Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Ich hoffe, ich kann auch alle Fragen noch rekonstruieren, aber ich mache es ein bisschen stichpunktartig, weil die Zeit schon fortgeschritten ist.

Frau Noll, zur Nachhaltigkeit: Es gibt Studien zu Frühen Hilfen aus den USA und aus Großbritannien, die drei Dinge belegen, die notwendig sind: Früh müssen die Hilfen sein. Sie müssen intensiv sein und lang. All das passiert bei uns in der Regel nicht.

Zum Zweiten haben Sie nach den Zugängen gefragt. Sie müssen früh erfolgen. Es gibt momentan aus meiner Sicht gute Debatten über die Ausbildung zu Familienhebammen. Diese Zugänge müssen relativ bald entstehen und nicht erst dann, wenn sich die Problematik schon so weit entwickelt hat, dass die aufsuchende Familienarbeit zu einer kontrollierenden Arbeit wird. Ich halte es für sehr wichtig, an den Ressourcen der Menschen anzusetzen, sie alle als stark zu begreifen - nicht mit Defizit behaftet - und sie zunächst zu besuchen und gleichzeitig etwas zu bringen, was ihren Alltag erleichtert. Dann werden solche Hilfen auch angenommen. Unsere Zugänge sind zumeist defizitorientiert. Das ist auch eine Schuldzuweisung an mich als Hochschullehrer. Ich bilde die Studierenden so nicht aus, aber es kommt trotzdem manchmal so an. Aber da müssen wir ein grundsätzliches Umdenken in die Wege leiten. Dazu kommt auch noch, dass wir neue Bündnispartner finden müssen. Ich habe in Thüringen sehr viele Diskussionen mit der Wohnungswirtschaft geführt. Diese hat originäre Zugänge zu den Familien, insbesondere in den sozial benachteiligten Stadtgebieten. Das ist etwas, was wir sehr viel stärker in den Blick nehmen müs-

sen. Auch da müssen wir bestimmte Blickverengungen beenden. Ich habe mit Polizisten über häusliche Gewalt diskutiert. Hochspannend!

Zu Ihnen, Frau Rupprecht. Die Infrastrukturpolitik ist genau das, was eigentlich anliegt. Wir müssen eine sozialstaatliche Entwicklung hin zu einer sozialen Infrastruktur betreiben. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Es gibt genügend Ansätze. Ich will gar nicht weit gehen, nur zwei Schlagworte: Es gibt in Holland ein Modell, das in der BRD bisher nicht angekommen ist - die „Venster-schools“: Die Öffnung der Schulen zum Stadtteil. Dort wird all das, was Kinder benötigen - bis hin zur Nachhilfe - in die Schulen geholt. Dies ist ein Riesenmarkt! Daran verdienen private Anbieter. Müssen wir das denn dulden? Können wir nicht sagen, dass wir Nachhilfe dorthin bringen, wo die Kinder sind? Können wir nicht Sportvereine dorthin bringen? Wir bekommen eine Fülle von Geld durch öffentliche Förderung. Gut, ich will nicht weitermachen.

Vorsitzende: Sind Sie so nett und sagen den Begriff noch einmal?

Herr Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): „Venster-schools“ - „Fenster-schule“ auf Holländisch. Googeln Sie, Sie werden es finden! Darüber gibt es viele Projektberichte. Nur in der BRD ist es bisher nicht angekommen. Das hat etwas mit dem Bildungssystem zu tun. Das hat auch etwas mit dem zu tun, was der Kollege vom DGB hier kurz erwähnt hat.

Das zweite Schlagwort sind die Familienzentren. Ich gehe nicht weiter darauf ein.

Frau Gruss, ich bin vorbehaltlos für eine Kindergrundsicherung. Egal, wie hoch sie sein mag. Das überlasse ich dann denen, die besser rechnen können als ich. Aber sie vereinfacht es. Sie vereinfacht es für Familien und vor allen Dingen setzt sie auch dort an, wo die bisherigen Sicherungssysteme nicht greifen, bei den Armen. Deswegen bin ich vorbehaltlos dafür.

Eine Richtigstellung: Ich glaube nicht, dass alle Familien erschöpft sind. Ich bin davon überzeugt, dass alle Familien ihre Kinder gut und sehr gut erziehen wollen. Nur, wenn sie alleingelassen werden - und das passiert bei uns - und je länger sie alleingelassen werden, desto dramatischer verlieren sie die Perspektiven für sich. Sie versinken in ihrem Leid und dann werden sie erschöpft. Dies geschieht nicht nur im Be-

reich von Kindesvernachlässigung - da wird es dann offenkundig. Da taucht dann das unschuldige Kind als Macht der Politik auf - aber es geht auch um den Bereich der Armut. Wir müssen dorthin, wo früh Hilfen angesetzt werden können, damit die Familien ihre Aufgaben erfüllen und das auch tun, was sie wollen. Jede Familie will ihre Kinder gut erziehen.

Frau Deligöz, Sie hatten zwei Fragen. Die eine ist, was wurde getan, was sollte getan werden? Es ist viel getan worden. Das Problem mache ich am Beispiel des Armutspräventionsprogrammes fest, das über 4 Jahre gefahren wurde, wo Familien in Haushalts- und Wirtschaftskompetenz qualifiziert werden sollten. Es war ein Projekt und wenn ein Projekt zu Ende ist, gibt es wunderbare Berichte. Einige Wissenschaftler haben wieder Karriere gemacht und der Rest verschwindet in den Schubladen. Solche Programme müssen mit Nachhaltigkeitskriterien verknüpft werden, d. h. diejenigen, die an solchen Programmen partizipieren, die sie durchführen, müssen vorher belegen, dass sie sie später auch weiterführen können. Das muss zur Regelförderung werden und das ist Ihre Aufgabe - es so zu konzipieren, dass es nicht irgendjemandem zu seinem Wohle gereicht. Es muss nachhaltig sein.

Als Zweites fragten Sie: Haben sich die Formen von Armut verändert? Ja! Vor 10 bis 15 Jahren habe ich meinen Studierenden beigebracht: einmal arm, immer arm - das stimmt nicht mehr. Dynamische Armut war das Schlagwort. Es gab Wege aus der Armut. Armut war fast ausschließlich eine zeitlich befristete Situation. Heute haben wir das Gegenteil. Wir haben immer mehr Armut, die sich verfestigt und Heinz Bude, einer der Großen meiner Zunft, hat ein wunderschönes Buch geschrieben „Wir Ausgeschlossenen“. Er sagt nur: „Es ist nicht mehr oben und unten. Es ist drinnen und draußen, und zwar endgültig draußen.“ Das ist eine verfestigte Armut, auf die der Kollege hingewiesen hat. Damit müssen wir uns langsam konfrontiert sehen. Deswegen finde ich den Begriff der „vererbten“ Armut nicht sachgerecht. Hier wird Armut tradiert - es ist eine Kultur der Armut, die entsteht. Die Menschen richten sich im „Draußensein“ ein. Wollen wir das? Nein! Ich will es nicht.

Frau Golze, noch zwei Dinge: Sie fragten nach Case Management. Ich stelle mir das so vor, dass Sie ein Programm ausschreiben, wie ich es eben geschildert habe, an dem sich Kommunen beteiligen können. Ein Wettbewerbsprogramm, in dem Sie genau das tun, was im Programm „Soziale Stadt“ getan wurde: Modelle entwickeln.

Das knüpfen Sie bitte an die eben geschilderte Nachhaltigkeit an. Es macht keinen Sinn, dass Kommunen sich damit brüsten und nachher verschwindet es wieder. Es macht aber auch keinen Sinn, Kommunen alleine zu lassen. Sie haben kein Geld. Das wissen wir alle, und der Bund muss zusammen mit den Ländern das Geld verfügbar machen. Über Geld rede ich nicht, das habe ich schon gesagt.

Ein Letztes: Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen ist eine wunderbare Angelegenheit - das muss man nicht nur für frühe Hilfen hinsichtlich Kindesvernachlässigung sensibilisieren, sondern generell für Probleme von Kindern, für Probleme von Familien mit Kindern, die sich in jenem Bereich befinden, wo sie Hilfe benötigen. Aufsuchende Hilfen, das ist meine Mission! Das ist nicht besonders kompliziert. Man muss einfach nur sagen: Das wollen wir. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Schutter ist die Letzte in dieser Runde.

Frau Sabina Schutter (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.): Ich beeile mich auch. Kurz zur Unterhaltsrechtsreform: Ich habe Probleme mit dem Begriff „Motivation“, weil ich der Meinung bin, dass man nicht zur Zahlung motivieren muss. Unterhaltspflicht ist eine Pflicht wie Steuerpflicht, da braucht man keine Motivation, das muss gezahlt werden.

Mit der Unterhaltsrechtsreform haben Sie zum Teil den Effekt erreicht, dass die Unterhaltspflichtigen, weil sie der Meinung sind, sie müssen keinen Ehegattenunterhalt mehr zahlen, im Vorfeld schon mal die Unterhaltszahlungen kürzen, was sich effektiv auf die alleinerziehende Familie auswirkt. Diese reichen dann reihenweise die Abänderungsklagen ein. Von einer Verbesserung kann man da nicht wirklich sprechen.

Zur Durchsetzung haben wir eigentlich den § 170 StGB. Da lagen die Verurteilungen im letzten Jahr bei ungefähr 5.000 oder 3.500 - sehr wenig bei 500.000 Kindern im Unterhaltsvorschuss. Das Verhältnis ist also klar. Wenn wir den § 170 StGB stärken, haben wir das Problem, dass sich bei Inhaftierung oder Strafzahlungen die Unterhaltsmasse verringert. Trotzdem würde die Verschärfung des § 170 StGB vielleicht zu einer Abschreckung vor einer Unterhaltspflichtverletzung führen und diese stärker zu einem Officialdelikt erklären.

Ganz kurz will ich etwas zur Besteuerung der Kindergrundsicherung sagen. Wenn wir die Kindergrundsicherung besteuern, legen wir die Kosten wieder auf die Familien um und kommen von dem Gedanken der gesamtgesellschaftlichen Solidarleistungen weg. Das wollte ich kurz in den Raum stellen. Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank für diese erste und sehr umfangreiche Antwortrunde. Wir kommen jetzt etwas verspätet zu unserer Pause. Es steht ein Verpflegungswagen bereit. Wir hatten eine Viertelstunde geplant. Ich versuche, dass wir 14.55 Uhr wieder weitermachen können. Ich werde dann ganz energisch klingeln. Vielen Dank.

Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, Ihre Plätze wieder aufzusuchen, damit wir fortfahren können. Im zweiten Teil unserer Anhörung besteht nochmals die Möglichkeit, Fragen an die Sachverständigen zu richten. Ich schaue in die Runde, ob Finger in die Höhe schnellen, ansonsten würde ich selbst mit der ersten Frage beginnen.

In verschiedenen Ausführungen kamen Sie immer wieder auf das Thema Bildung zu sprechen - wie man Bildungseinrichtungen bzw. wie man den Zugang zu Bildung gestalten sollte, so dass er für alle Kinder gleichberechtigt zur Verfügung steht und damit Armutsspiralen durchbrochen bzw. verhindert werden können, bevor sie entstehen. An einer Stelle - leider weiß ich nicht mehr, in welcher Stellungnahme das war, weswegen ich nicht genau weiß, an wen ich die Frage richten muss - wurde auf den Sachverhalt bzw. auf das Problem der Privatisierung von Bildung oder Bildungseinrichtungen, Bildungsangeboten hingewiesen und damit auch auf die Gefahr des erschwerten Zugangs wiederum für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Insofern würde ich es Ihnen in der Schlussrunde freistellen, zu der Frage oder zu der Problematik Privatisierung der Kinder- und Jugendhilfe, Privatisierung von Bildungseinrichtungen, Privatisierung der Bildungslandschaft im Zusammenhang mit Kinderarmut etwas zu sagen. Das wäre mir ein ganz wichtiges Anliegen - auch rückblickend auf Diskussionen, die hier im Hause in den letzten Wochen geführt worden sind. Ich nenne als Stichwort nur das Kinderförderungsgesetz. Das wäre noch ein Thema, das mir wichtig wäre und wo ich Sie bitten würde, kurz darauf Bezug zu nehmen.

Abg. Michaela Noll (CDU/CSU): Noch eine kurze Frage. Bei Ihnen wurde die Vernetzung thematisiert. Dies ist das A und O, um die Jugendhilfe neu zu organisieren.

Für mich ist Mo.Ki ein gutes Zeichen. Frau Berg, sagen Sie noch einmal, wo Ihr Ursprungsansatz war. Wo sehen Sie aus Ihrer Praxiserfahrung Handlungsbedarf, damit es zu einer besseren Vernetzung kommen kann?

Dann zu Herrn Prof. Dr. Lutz, ich mag Ihren Begriff „erschöpfte“ Eltern so gerne. Wir haben jetzt zwar gesagt, wir wollen über Strategien sprechen - aber wo sehen Sie die Ursache für die „erschöpften“ Eltern? Denn wenn man definitiv sagt, das ist die Ursache, kann man doch am besten eine Strategie dagegen entwickeln. Vielleicht sagen Sie das mit zwei, drei Worten noch einmal. Sie haben einen Hang zu der Beantwortung in Stichpunkten - das gefällt mir sehr.

Eine kleine Anmerkung an Frau König. Ich sagte, Monheim ist eine Reise wert. Sie habe nun schon gehört, dass Mo.Ki toll ist. Wir haben aber auch ein Mehrgenerationenhaus in Monheim, das z. B. auch für Familien mit Migrationshintergrund Ansätze bietet. Da besteht der Zugang und es findet dort eine Ansprache an Risikofamilien statt, die vorher nicht stattgefunden hat. Vor allem auch aufgrund einer Generation von Familien mit Migrationshintergrund, die seit längerem in Monheim leben. Die dortigen Ansätze sind gut. Es ist also nicht nur die Mittelschicht, sondern man hat einen ganz anderen Ansatz gesehen. Ich sage Ihnen immer wieder, kommen Sie nach Monheim - in Monheim lernt man wichtige Dinge kennen, die vielleicht auch bundesweit ganz gut wären.

Vorsitzende: Das war ein wirklich unterstützenswerter Werbeblock. Ich habe vorhin kurz angesprochen, dass wir uns im Nachgang verständigen werden, ob die Kinderkommission Mo.Ki besucht und wir uns das live anschauen. Aber es ist allen Kolleginnen und Kollegen freigestellt, sich unabhängig davon Mo.Ki einmal anzuschauen. Mich würde wirklich interessieren - auch aus dem Blickwinkel heraus, dass ich selbst Mitglied in einem Jugendhilfeausschuss bin -, welche Argumente ich dort erlebe - zusätzlich zu den hier schriftlich vorliegenden -, um auch meinen Kämmerer davon zu überzeugen, dass es sich in mehrfacher Hinsicht rechnet und nicht nur fiskalisch.

Frau Gruß kann leider nicht mehr weiter an der Sitzung teilnehmen. Gibt es weitere Fragen? Vielleicht noch bei unseren Kolleginnen oder Kollegen? Gibt es sonst weitere Wünsche oder Einschätzungen? Die Pause wurde für die Klärung der Fragen ge-

nutzt. Erfahrungsgemäß ist es so, dass die zweite Fragerunde etwas kürzer ausfällt, da die wichtigsten Fragen meist schon in der ersten Runde gestellt worden sind.

Dann würde ich den Sachverständigen noch einmal die Möglichkeit geben, auf die gestellten Fragen zu antworten bzw. ein Abschlussresümee zu ziehen und uns die aus Ihrer Sicht wichtigsten Dinge zu sagen, die Sie uns mit auf den Weg geben möchten. Wir beginnen wieder bei Herrn Dr. Adamy, wenn er damit einverstanden ist. Bitteschön.

Herr Dr. Wilhelm Adamy (DGB): Zu der Frage der Bildung: Ich glaube, es ist die Frage, wie es auf die Kinder selbst wirkt, wenn unser Schulsystem selektiert. Ich selbst kann auch persönlich etwas dazu beitragen. Ich habe den Volksschulabschluss und habe die Diskriminierung nach der Grundschule persönlich erfahren. Die „Schlau“ gingen in die Stadt in die weiterführenden Schulen und die „Dummen“ sind im Ort geblieben. Wir hatten nicht einmal mehr unter den Kindern eine Kommunikation, denn die hatten „Mathematik“ - ich wusste nicht einmal, wie man es schreibt - wir hatten „Rechnen“! Wenn diese Dinge dann noch mit finanzieller Benachteiligung kombiniert werden, dann zeigt sich das bei den Kindern. Die Frage ist, wie letztendlich in Hauptschulen investiert wird und inwieweit hier speziell eine Vernetzung sichergestellt und auch finanziell gefördert werden kann. Das ist meines Erachtens ganz zentral. Es fehlt selbst an Daten hierzu. Wir haben versucht, für alle Kreise in der Bundesrepublik einheitliche Daten zu bekommen, z. B. zur Frage, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Es gibt diese Zahlen nicht bundeseinheitlich aufbereitet, damit man sich an der Stelle auch einmal darüber Gedanken machen kann. Es gibt Zahlen abstrakt auf der Länderebene - schaut man aber genauer hin, dann weiß man wieder nicht, wie diese Zahlen zustande gekommen sind. Es stellt sich an der Stelle auch durchaus die Frage nach einem Benchmarking. Warum gibt es nicht Ziele im Sinne einer Vernetzung? Warum sagen wir nicht, wir wollen derartige Bündnisse vor Ort fördern? Warum macht man nicht einen Wettbewerb? Sie nehmen etwas Geld in die Hand und sagen, wir wollen gezielt Initiativen mit der Absicht einer bundesweiten Flächeneinführung fördern, die gezielt in sozialen Brennpunkten mit neuen innovativen Wegen der Kooperation arbeiten - genau diese Ziele wie in Monheim, Ziele relativ kurzfristiger Art, um mehr Bildungsabschlüsse zu erreichen. Frau Noll, nur insofern würde ich Sie gerne im Hin-

blick auf eine Reise nach Monheim ergänzen wollen - auf dem Wege nach Köln kann man sicherlich in Monheim Zwischenstation machen.

Die andere Frage ist die Vernetzung. Im Hartz IV-System funktioniert diese Vernetzung nicht ausreichend. Man kann immer wieder positive Beispiele aufzeigen und sagen, da funktioniert es. Aber Sie haben nicht die ausreichenden Strukturen geschaffen, dass sie automatisch funktioniert. Wenn soziale Integrationshilfen für Alleinerziehende durch Sicherstellung der Kinderbetreuung sowie mit flexibleren Arbeitszeiten und wenn Schuldnerberatung etc. erst bewerkstelligt werden, wenn Privatinsolvenz droht, weil die Ressourcen einfach nicht da sind, dann zeigt das, dass hier Prävention nicht ausreichend möglich ist. Hier muss man meines Erachtens den Weg gehen, dass beide Institutionen - die Bundesanstalt für den Arbeitsmarkt sowie die Kommunen mit den sozial integrativen Institutionen - im Hartz IV-System beidseitig zur Zusammenarbeit verpflichtet sind. Dann gehen Sie den Weg und stellen übers Steuersystem Mittel bereit, damit im Einzelfall - dort wo es nicht funktioniert und die Kommunen diese Aufgaben nicht wahrnehmen - ermöglicht wird, diese Aufgaben zumindest für einen bestimmten Personenkreis über Bundesmittel zu finanzieren.

Im Bildungsbereich müssen wir wirklich auch über die Lernmittelfreiheit nachdenken.

Ich habe das Thema Existenzsicherung ebenso wie die Frage eines Mindestlohns heute nicht „so scharf gemacht“, obwohl diese Elemente in diesem Zusammenhang notwendig sind. Beim Regelsatz ist es notwendig, darüber nachzudenken - speziell wenn man innerhalb des Systems bleibt -, wie es mit bestimmten Leistungen für Kinder aussieht. Das ist gesagt worden. Ist er nur abgeleitet von den Erwerbstätigen oder ist man auf dem Weg, dass man für Kinder zumindest spezifische Komponenten in den Regelsatz einbaut und sagt, hier müssen bestimmte Bildungsaufgaben über gezielte Elemente auch tatsächlich ermöglicht werden?

Abg. Marlene Rupprecht (SPD): Jetzt muss ich doch noch etwas sagen, nachdem Sie es vorher schon gesagt haben und jetzt noch einmal. Wir haben die berufsbezogene Jugendhilfe. Diese steht im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wir haben eine Regelung im SGB II, dort steht auch, dass es Kooperationen geben soll. Der Unterschied ist, dass wir die Verfassungskompetenz haben, der Bundesagentur im SGB II klare Anweisungen zu geben. Beim SGB VIII steht es im Gesetz - aber wir können

sie nicht dazu zwingen. Wir haben weitere solche Fälle, wo es ähnlich ist. Das ist das Konstrukt unserer Verfassung. Wenn wir nicht die Jugendhilfe völlig degradieren wollen, dann müssen wir sie über die kommunale Ebene und die Länder zwingen. Dazu müssen aber die Jugendhilfe und auch die Lobbyisten der Kinder und Jugendlichen endlich anfangen, für Jugendliche und Kinder politisch zu werden und dort klar nachzuhaken, wo es hakt. Im SGB VIII steht die Kooperation in § 81.

Nachdem Sie von der Schule angefangen und vom Selektieren und Segregieren gesprochen haben, wollte ich doch noch eine Anmerkung machen. Wir haben nach wie vor ein Kinderbild, das von einem „normalen“ Kind und nicht von der Vielfalt ausgeht. Ich würde mir wünschen, dass wir es in unsere Köpfe bekommen, dass wir eine Welt haben, die vielfältig ist und eine inklusive Denkweise erfordert. Dazu würde ich mir eine inklusive Schule wünschen, wo Kompetenzen hereingeholt, wo Fähigkeiten und Stärken gefördert werden. In der Politik und in der Gesellschaft sind wir nicht einmal soweit, dass es ein vollständiges Bild ergibt. Im Moment wird nur auf Bildung - meistens mit einem auf Wissen sehr verengten Bildungsbegriff - geschaut und daher wäre es mir ganz wichtig, dass wir wieder gemäß § 1 der Kinder- und Jugendhilfe eine eigenständige, eigenverantwortliche Persönlichkeit entwickeln. Es wäre unser Wunsch in der Kinderkommission, dass das auch im Grundgesetz so verankert würde, dass dort die Kinder als Persönlichkeiten wiederzufinden sind. Im Moment machen wir ganz viel Showveranstaltungen und gehen nicht ans Grundproblem. Das Grundproblem in der Gesellschaft liegt darin, Kinder als eigenständige Wesen zu sehen, sie mit Respekt zu betrachten und ihnen den Stellenwert zu geben, den sie brauchen. Das bedeutet nicht, „kindertümmelnd“ zu sein - das geht mir auf den Geist -, sondern mit Sachlichkeit auf Augenhöhe mit ihnen zu kommunizieren. Deswegen muss ich trotzdem das Notwendige tun und Hartz IV oder ALG II anschauen, ob die Stufen usw. stimmen. Das ist Alltagsgeschäft - aber trotzdem eine Vision von Kindern. Nachdem Sie das gesagt haben - „selektieren“: Schule ist im 19. Jahrhundert stehen geblieben und hat nie das 20. erreicht, inzwischen sind wir im 21. Aber es gibt vielleicht auch gesellschaftspolitische Gründe, warum man selektiert - es rechtfertigt nachher ein anderes Vorgehen. Aber das wäre wieder sehr politisch. Das wollen wir hier nicht. Wir wollen hier für die Kinder arbeiten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich würde Herrn Dr. Adamy noch einmal die Gelegenheit geben, darauf zu antworten.

Herr Dr. Wilhelm Adamy (DGB): Ich stimme Ihnen bei beiden Aspekten zu. Wir müssen an den Schulen neben der Sozialarbeit und den sozial flankierenden Maßnahmen auch die Berufsorientierung verstärken. Es ist allerdings ein Problem, wenn Sie als Gesetzgeber sagen, die Sprachförderung für Hartz IV-Jugendliche darf nicht aus dem Hartz IV-System, sondern muss künftig aus Beiträgen der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden - und damit auch von Teilzeitkräften, die arbeiten, aber selbst auf Hartz IV angewiesen sind. Da werden Sie in nächster Zeit vor der konkreten Frage der Entscheidung stehen. Ich halte das für verteilungspolitisch äußerst problematisch.

Vorsitzende: Dankeschön, Frau Berg, bitte.

Frau Annette Berg (Jugendamt Monheim am Rhein): Ich versuche mich kurz zu fassen. Zum Thema Vernetzung und dem Handlungsbedarf hierzu: Ich würde ganz gerne darauf verweisen, dass wir die Erfahrung gemacht haben, dass die Leitidee - Armut in den Blick zu nehmen - in Monheim die Veränderung bewirkt hat. Das würde ich jetzt so stehen lassen. Dann möchte ich ganz gerne aus der Jugendhilfesicht dazu antworten.

Es gibt ein sehr gutes und wie ich meine sehr handlungsorientiertes Bundesgesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, welches in § 1 verschiedene Ebenen beschreibt. Das haben Sie gerade auch erwähnt, Frau Rupprecht. In Absatz 2 oder 3 wird das Thema „Verbesserung von Lebensbedingungen und der Abbau von Benachteiligungen“ sehr genau benannt. Nur - wie wird das umgesetzt? Das erlaube ich mir - wir sind eine kleine Runde -, wirklich zu fragen: Wie setzen wir Jugendhilfe in Deutschland um? Ist es wirklich so, dass wir dafür sorgen, dass die einzelnen Paragraphen, Aufgaben und Leistungen usw. nicht nebeneinander stehen und diese Vernetzung - oder diese Klammer nach §1 - für alle Bereiche besteht? Sie haben gerade über Jugendsozialarbeit gesprochen. Wie kann dieses Ziel - Benachteiligung abzubauen - da Eingang finden? Das gilt auch - die Träger mögen es mir an dieser Stelle verzeihen - für das Thema „Trägerautonomie“: Wirklich zu sagen, wir wollen, dass das Thema Kinderarmut ein wichtiges Thema ist und die Träger gehen da mit - tun sie ja auch sehr engagiert - und sagen aber auch vor Ort, wir nehmen unsere Gelder nur

für Projekte in die Hand, die das Thema wirklich gendermäßig in den Blick nehmen. Das könnte realistisch sein.

Ich könnte Sie vielleicht dazu ermutigen, das Thema Kinder weiter nach vorne zu bringen und in der Gesellschaft - in der immer weniger Kinder geboren werden, in der immer mehr Kinder in dieser Lebenssituation Armut stehen und immer weniger Kinder in den Leistungsbereich drängen, um später diese Gesellschaft aufrechtzuerhalten - strukturell dafür zu sorgen, dass es geht. Das ist existenziell wichtig und wenn Ihnen Mo.Ki dabei helfen kann, ist es toll. Es wäre mir ein Anliegen zu sagen, Kinder- und Jugendhilfe ist eine ganz wichtige Aufgabe, die ein Schattendasein führt - die auch zum Teil in den Städten ein Schattendasein führt - und die immer noch davon abhängt, wie stark die Amtsleitung, die Senatsleitung ist. Sie kennen den Kollegen Heinz Hilgers, der das Thema Jugendhilfe sehr stark platziert - aber davon kann es nicht abhängig sein.

Vorsitzende: Dankeschön. Frau von zur Gathen, bitte.

Frau Marion von zur Gathen (Paritätischer Wohlfahrtsverband): Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das schon unser abschließendes Statement. Sie haben hier die Bedeutung von Bildung als Präventionsmaßnahme angesprochen. Ich würde gerne den Fokus noch einmal auf die frühe Förderung und Bildung von Kindern legen. Der quantitative Ausbau ist beschlossen - jetzt ist es an der Zeit, auch ein bisschen genauer hinzuschauen, was mit der Qualität ist. Da liegt vielerorts noch vieles im Argen. Wenn ich nur an die Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen denke, dann besteht da durchaus noch Handlungsbedarf. Das würde ich mir wünschen, dass Sie das vielleicht auch mitnehmen.

Ansonsten würde ich gerne meine Einlassungen damit schließen wollen, dass ich einen Wunsch äußere. Ich würde mir wünschen, dass Sie Visionäre sind und bleiben und dass Sie vielleicht unsere Überlegung zu einer Kindergrundsicherung - wie immer man die auch ausgestaltet - mit auf den Weg nehmen, damit man sich erst einmal auf den Weg dorthin macht. Damit man auf dem Weg, den man da beschreiten muss, nicht vergisst, dass wir jetzt Kinder im Hartz IV-Bezug haben, die mit Regelsätzen auskommen müssen, die viel zu gering bemessen sind, mit denen der Bedarf der Kinder nicht zu decken ist. Wir können nicht darüber hinwegsehen - an der

Stelle können wir auch nicht mit Infrastruktur argumentieren. Die Familien brauchen mehr als nur Infrastruktur, sie brauchen beides. Sie brauchen Infrastruktur, die sie stützt und fördert, und sie brauchen ausreichende materielle Unterstützung. Dafür würde ich gerne ein deutliches Plädoyer einlegen.

Vorsitzende: Dankeschön. Frau König, bitte.

Frau Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.): Ich möchte mit der Antwort auf die Frage von Frau Golze beginnen. Die Frage war, welche Auswirkungen hat die Privatisierung von Bildung, von Bildungseinrichtungen speziell auf die Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Zur Beantwortung dieser ganzen Frage zur privaten Bildung, zu privaten Bildungseinrichtungen empfehle ich die Lektüre des sehr eindrücklichen Buches der Journalistin Julia Friedrichs „Gestatten: Elite“. Frau Friedrichs ist eine Journalistin, die für „Monitor“, „taz“ und andere gearbeitet hat, die ein Jahr lang private Bildungseinrichtungen besucht hat - und zwar von der privaten Kita für die Kleinsten, über private Grundschulen, private Gymnasien, Internate, bis hin zu privaten Hochschulen, Wirtschaftshochschulen und andere. Sie hat interessanterweise festgestellt, dass es Kinder gibt, die von Kindesbeinen an nur diese Privatschulen kennen, und dass sich in Deutschland eine Elite herausbildet, die von sich selbst sagt, wir sind gar keine Leistungselite, wir sind eine Elite - manche nennen sich Verantwortungselite, weil sie danach sehr sicher Verantwortung in Wirtschaftsunternehmungen, großen Investmentbanken und Unternehmensberatungen bekommen -, die quasi die Elite in der Wirtschaft übernimmt. In die Politik geht von diesen Privathochschulen interessanterweise fast niemand!

Die Schulgelder für ein Internat betragen pro Jahr 30.000 Euro. Es gibt Stipendien - das Stipendium beträgt in diesem Internat beispielsweise aber auch noch mindestens 10.000 Euro pro Schuljahr, so dass Sie sich vorstellen können, welche Kinder und Jugendliche dorthin gehen. Das ist natürlich nur die Spitze des Eisberges. Nicht jede Privatschule will jetzt quasi Kinder aus reichen Familien fördern, um bestimmte Lebenswege zu beschreiten. Aber dieses Buch räumt mit dem Vorurteil auf, dass wir private Bildungseinrichtungen auch schon in der Kita brauchen, weil die Eltern das Beste für ihre Kinder wollen und man die Eltern nicht daran hindern darf. Ich finde, dass 1. alle - auch die staatlichen - Bildungseinrichtungen so gut werden sollen, dass Eltern ihre Kinder gerne dorthin schicken; dass man 2. im Blick behält, was an diesen

privaten Bildungseinrichtungen geschieht und dass 3. eine private Einrichtung rein privat sein sollte, d. h., dass es dort keine staatlichen Subventionen und Förderungen geben sollte. Das sind meine Punkte zu der Frage Privatisierung von Bildung.

Und als Schlussstatement: Wenn wir über Armut sprechen, sprechen wir nur über Armut, zu selten über Reichtum in diesem Land. Ich finde, das gehört zusammen. Wenn man über Armut spricht, muss man auch über Reichtum sprechen können. Das ist sehr wohl eine hochpolitische Frage, eine gesellschaftspolitisch wichtige Frage. Wenn man zu Konzepten zur Bekämpfung von Armut - Familien- und Kinderarmut im Wesentlichen - kommen will, muss man auch darüber sprechen können. Ich würde mir auch wünschen, dass Sie in der Kinderkommission ein Paket aus Infrastrukturpolitik im Sinne von Frau Rupprecht vorantreiben, die Kinder in den Mittelpunkt stellt und inkludiert - also nicht ausgrenzend, sondern einschließend und wirklich fördernd -, aber plus einem System der sicheren Absicherung durch eine Kindergrundsicherung. Ich biete gern an, dass die Verbände weiterhin für Fragen zur Verfügung stehen und ggf. vielleicht auch demnächst mit einem eigenen Modell an Sie herantreten werden.

Vorsitzende: Vielen Dank. Prof. Dr. Lutz, bitte.

Herr Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Das ist dann auch mein letztes Statement. Sie fragten nach der Privatisierung von Bildung. Ich bin mir nicht sicher, ob man ein Grundrecht oder ein öffentliches Gut privatisieren kann. Damit habe ich grundlegende Probleme. Ich erlebe an Hochschulen - ich erlebe das ganz massiv -, was es bedeutet, wenn man Elemente von Privatisierung einführt. Es gibt immer mehr, die nicht studieren, obwohl sie Studierende sein können, weil sie die Kosten fürchten. Das muss man einfach mal sehen.

Zum Zweiten frage ich mich, wo führt das hin? Das führt dahin, dass wir ein Bildungssystem haben, das in der Qualität immens unterschiedlich ist. Wollen wir das, wollen wir das wirklich? Ich glaube nicht, dass wir das wollen sollten, weil wir nicht wissen, was dann passiert. Es könnte in bestimmten Schulen - wo die „Dummen“ wieder hingehen, die angeblich „Dummen“ - auch die Auflösung von Qualität bedeuten, während die anderen - die „nicht dumm“ sind - eben das bekommen, was sie aufgrund der Einkommen ihrer Eltern bekommen können. Das halte ich nicht für

sinnvoll. Ich könnte auch über ähnliche Beispiele wie der Kollege vom DGB berichten. Man sollte auch nicht vergessen, dass es immer mehr Kinder gibt, die aufgrund ihrer sozialen Auffälligkeiten in Sonderschulen landen. Das ist ein ganz spezieller Skandal, der noch nie wirklich diskutiert wurde.

Noch ein Statement zur Bildung: Bildung muss so früh wie möglich beginnen. Wir müssen anfangen zu begreifen, dass Kindertageseinrichtungen Orte frühkindlicher Bildung sind und dass es keinen Sinn macht, Eltern zu subventionieren, wenn sie ihre Kinder nicht dorthin schicken. Davon halte ich sehr wenig.

Zum Thema Vernetzung ist für mich die Frage wichtig, warum wir aus den lokalen Bündnissen für Familien nicht lokale Bündnisse für Kinder machen. Das ist eine symbolische Politik, die aber durchaus einen Aussagewert hat. Wir sollten auch wirklich überlegen, ob wir nicht flächendeckend Stadtteilkonferenzen bzw. Sozialraumkonferenzen einführen und dort alle Akteure zusammenholen. Ich habe für die Stadt Erfurt ein Modell entwickelt, das im Internet abrufbar ist unter: http://www.erfurt.de/imperia/md/content/veroeffentlichungen/gesundheit/bericht_integrierte_sozialraumplanung.pdf. Da habe ich das Soziale etwas weiter gedacht und große Gefechte mit Bauamtsleitern zu der Frage geführt, ob bauen sozial ist. Für mich ist es das: Verkehr ist sozial, Kultur ist sozial. Sozial weit gedacht führt zu einer völlig anderen Denkweise von Verwaltung.

Zur Frage von Frau Noll zu den Ursachen für Erschöpfung: Das sind Erstens oft Eltern - es gibt bisher keine Studien darüber, es sind meine Erfahrungen, und wenn ich Geld hätte, würde ich gerne eine Studie darüber machen -, die meistens bereits durch ihre eigenen Probleme überfordert sind, die sie nicht bewältigen können, die nicht nachhaltig bewältigt wurden. Zweitens sind es natürlich auch materielle Probleme, die diese Familien haben. Was kann man aus der Sicht dieser Familien dagegen sagen, wenn sie versuchen, ihre Würde zu bewahren, indem sie Konsumartikel besitzen, die für alle anderen selbstverständlich sind? Das ist der individuelle Ausdruck: „Ich bin ja durchaus noch ein Mensch, der etwas kann.“ Das darf man nicht vergessen. Das Dritte sind - und das ist ein gewichtiges Argument - die fehlenden sozialen Netze. Wir leben in einer hochindividualisierten Gesellschaft - das, was früher normal war, wie die Oma, die gibt es heute nicht mehr. Es fehlt das Brückenkapital, das heißt, dass ich Kontakte oder Beziehungen habe, die über meinen sozialen

Nahbereich hinausgehen. Menschen, die „draußen“ sind, haben das nicht mehr. Das führt insgesamt zu dem, was ich als Erschöpfung bezeichne.

Ich komme zum Abschluss. Ich wünsche mir eine sehr viel stärkere Betonung der Kinderrechte. Ich wünsche mir eine sehr viel stärkere Betonung, dass Kinder Verantwortung übernehmen können - sie tun es. Sie tun es in vielen Familien, in denen die Eltern ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht werden können, weil sie erschöpft sind. Wir haben das noch nicht, was ein Südafrikaner „child-headed households“ - kindergeführte Haushalte - nennt. Aber wir sind auf dem Weg dorthin. Warum betonen wir nicht, dass Kinder in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen und sich selbst und ihre Welt und ihre Familien mitzugestalten? Deswegen würde ich dafür plädieren, dass wir möglicherweise auch einmal von einer Vision und nicht nur von erzieherischen Hilfen sprechen, die ausschließlich elternorientiert sind, sondern von kinderfördernden Hilfen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Schutter, bitte.

Frau Sabina Schutter (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Bevor ich zu meinem Resümee komme, möchte ich noch etwas zu der Erschöpfung ergänzen. Erschöpfung hat auch etwas damit zu tun, dass Menschen politisch entmutigt werden, wenn sie z. B. im ALG II-System willkürlichen Weisungen oder irgendwelchen Handlungen von ihren Fallmanagern ausgesetzt sind. Das führt zu einer Entmutigung, die auch zu einer Erschöpfung führt, die sich auf die Familien auswirkt.

Nun zu meinem Resümee: Ich möchte eigentlich ganz konkret werden. Das Kindergeld wird um 10 Euro erhöht - oder um wieviel auch immer -, auf jeden Fall wird diese Erhöhung auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet. Der Unterhaltsvorschuss wird sich damit von 125 auf 115 Euro reduzieren. Sie wird zudem voll auf die SGB II-Leistungen angerechnet. Das bedeutet, dass die Familien - insbesondere die Kinder von Alleinerziehenden -, die zu einem großen Anteil im Bezug entweder von SGB II-Leistungen oder von Unterhaltsvorschussleistungen stehen - genau diese Kinder, die in Armut leben - nichts davon haben werden. Das können wir nicht akzeptieren. Der Mindestunterhalt wurde jetzt an das Existenzminimum angelehnt. Das wird jetzt neu definiert und wer weiß, wie lange das so bleiben wird. Das heißt, die Kindesunter-

haltssätze werden sich wahrscheinlich in den nächsten fünf Jahren nicht erhöhen. Auch dieses können wir nicht akzeptieren. Generell muss auch der Unterhaltsvorschuss erhöht werden, der im Moment bei 125 Euro für Kinder von 0 bis 6 Jahren liegt. Da muss man sich überlegen, ob das wirklich eine angemessene Leistung ist. Der Kindesunterhalt wird voll auf den Kinderzuschlag angerechnet - darauf haben wir schon mehrfach aufmerksam gemacht. Auch damit werden Kinder von Alleinerziehenden wenig vom Kinderzuschlag haben. Es ist mir ganz wichtig, Ihnen das mitzugeben, auch wenn es sich wenig poetisch anhört.

Vorsitzende: Ich glaube, mit Poesie werden wir diese Probleme, die hier noch einmal deutlich geworden sind, auch nicht lösen. Insofern an Sie alle noch einmal ein recht großes Dankeschön dafür, dass Sie gekommen sind und dafür, dass Sie uns soviel an Material mitgegeben haben. Ich habe sehr viel mitgeschrieben und meine Kolleginnen und Kollegen ebenso. Sie können also sicher sein, dass vieles von dem, was Sie uns hier mit auf den Weg gegeben haben, bei uns auch wirklich angekommen ist. Wir werden es in die Diskussion, die wir dazu weiterführen, sowie in die Überlegungen mitnehmen, die wir in der Kinderkommission und auch in unseren Fraktionen anstellen - denn Politik geht ja verschiedene Wege. Insofern bin ich ganz optimistisch, dass sich viele Ihrer Vorschläge in verschiedensten Anträgen, Entschlüssen, Aktionen und Initiativen wiederfinden werden, sowohl hier im Deutschen Bundestag als auch in unseren Wahlkreisen, wo wir ebenso verankert sind und Verantwortung tragen. Wir werden über die Reise nach Monheim nachdenken - ob nun als Zielpunkt oder als Stopp auf dem Weg nach Köln zu den Frühen Hilfen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen recht herzlich fürs Kommen und für Ihre Mitarbeit. Vielen Dank unseren Gästen sowie den Kolleginnen und Kollegen für Ihr Interesse.

Ende der Sitzung: 15.30 Uhr

Diana Golze, MdB
Vorsitzende